

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Peter Menke-Glückert

Grüner Protest —
Zeichen der
Parteienverdrossenheit?

Kurt Oeser

Politische Strömungen
in der „Ökologie-Bewegung“

Gerd Hauth

Verbraucherpolitik —
trojanisches Pferd
zur Systemveränderung?

Stellungnahme zum Beitrag
von Anke Martiny in B 24/78

Anke Martiny

Entgegnung auf den
Beitrag von Gerd Hauth

ISSN 0479-611 X

B 43/78

28. Oktober 1978

Peter Menke-Glückert, geb. 1929; Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern, Leiter der Abteilung Umweltangelegenheiten; Studium der Rechtswissenschaften, der Psychologie und der Volkswirtschaft in Leipzig, Berlin, Göttingen, Berkeley/USA.
Zahlreiche Veröffentlichungen zur Technologie- und Umweltpolitik, Zukunftsforschung und Medienfragen.

Kurt Oeser, geb. 1928 in Mainz; Studium der Theologie in Mainz und Marburg; seit 1973 Umweltbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland; Mitgründer der „Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e. V.“, Bonn, und deren stellvertretender Vorsitzender; Vorsitzender des Fachausschusses II „Umweltinformation und Umweltbewußtsein“ der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e. V.; von 1972 bis 1978 Vorsitzender des Hessischen Umweltbeirates; seit 1968 Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter.

Veröffentlichungen u. a.: bürger initiativ, hrsg. zus. mit Seb. Haffner (mit Grundsatzbeitrag über „Progressive und reaktionäre Bürgerinitiativen“), Stuttgart 1974; Fragen einer kirchlichen Umweltpolitik, in: Umweltstrategie, Gütersloh 1975; Kernenergie — Mensch — Umwelt, hrsg. zus. mit H. Zilleßen, Köln 1976; „Evang. Kirche und Bürgerinitiativen“ und „Reaktionäre Tendenzen bei Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden“, in: Bürgerinitiativen und gesellschaftliche Großgruppen, Bd. 4 der Reihe „Argumente in der Energiediskussion“, Villingen 1978.

Gerd Hauth, Dipl.-Volksw., geb. 1942 in Stettin; Studium der Volkswirtschaft an der FU Berlin; seit 1969 in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bayer AG Leverkusen.

Anke Martiny, Dr. phil., geb. 1939 in Dortmund; Journalistin; seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages.

Veröffentlichung: (zus. mit Otfried Klein) Marktmacht und Manipulation, Frankfurt/Köln 1977.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Grüner Protest – Zeichen der Parteienverdrossenheit?

Das Umweltbewußtsein hat bemerkenswert zugenommen. Als politisches Ziel wird der Umweltschutz in der Bevölkerung nahezu einstimmig bejaht (78 bis 87 %). In der Reihenfolge der als besonders wichtig eingestuften Ziele folgt der Umweltschutz seit 1972 unmittelbar nach denen der persönlichen und wirtschaftlichen Sicherheit. Große Mehrheiten sprechen sich gegen Sparmaßnahmen bei dieser öffentlichen Aufgabe aus. Selbst wenn Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit gegenübergestellt werden, erklärt sich noch etwa die Hälfte der Bevölkerung zur Unterstützung des Umweltschutzes bereit. Die Bereitschaft der Befragten, aus Gründen des Umweltschutzes höhere Preise und Gebühren in Kauf zu nehmen oder auf Luxus, auf Bequemlichkeit zu verzichten, ist seit 1972 von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Zahl der in den letzten fünf Jahren gegründeten Umwelt-Bürgerinitiativen wird auf über 20 000 geschätzt.

Umwelt ist nach Auffassung vieler Analytiker zum Symbol und Leitthema für Bürokratie-Kritik, Staats- und Parteienverdrossenheit geworden. Das Umwelt-Institut des Wissenschaftszentrums Berlin stellte in einer Umfrage im April 1978 fest: Von den Bürgerinitiativen erwarten unsere Mitbürger am ehesten einen wirkungsvollen Beitrag zum Umweltschutz (48 % der Befragten), den Parteien trauen nur 8 % einen wirkungsvollen Umweltschutz zu. Die Alt-Parteien haben — nicht nur im Umweltschutz — an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Für manchen ist grüner Protest eine Gelegenheit, endlich den Widerstand gegen Bürokratie und Staatsallmacht nachzuholen, den er in seiner Jugend während der Hitlerjahre versäumt hat; für andere sind die grünen Listen ein Ventil, um ihren Ärger über Kungelei der Establishment-Parteien, über Diätenerhöhungen, hohe Steuern, Torheiten der Bildungs- und Gebietsreform loszuwerden. Den größten Zulauf erhält der grüne Protest aus den Kreisen der Jungwähler (18- bis 25jährige). Mehr als ein Viertel der Wähler für die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) oder der Grünen Liste Hessen (GLH) kommen aus diesen Jahrgängen.

Doch nicht nur neugrüne Protestler, sondern auch alterfahrene Umwelt- und Naturschutz-

verbände behaupten, seit Ölkrise, weltwirtschaftlichen Turbulenzen und hohen Arbeitslosenzahlen trete der Umweltschutz auf der Stelle. Die Wochenzeitung DIE ZEIT diagnostiziert Anfang Oktober 1978: „Langsam stirbt der Umweltschutz . . . Das ungeliebte Kind soll geduckt und kleingehalten werden.“ Wissenschaft und Medien liefern jedoch tagtäglich neue Argumente für den grünen Protest. Besonders seit den spektakulären Anfangserfolgen bei den Landtagswahlen von Hamburg und Niedersachsen ist den Grünen das Interesse aller Medien sicher. Auch wenn das Abschneiden der grünen Listen in Hessen und Bayern sehr schlecht ausfiel, bleibt ihr massiver Protest gegen das bestehende Drei-Parteien-System als Vorwurf und Anstoß zum Nachdenken über Zukunftsprobleme; den Gründen für den verzweiferten Ausbruch aus dem festgefügtten Parteiengefüge gilt es nachzugehen. Unbestritten ist bei den Regierungsparteien und der Opposition, daß Umweltsicherung und -gestaltung — ganz unabhängig von Wahlerfolgen oder -mißerfolgen der Grünen — noch entschiedener als bisher vorangetrieben werden müssen; die Glaubwürdigkeit unseres parlamentarischen Systems würde andernfalls Schaden leiden. Trotz anderer Aussagen grüner Protestgruppen behauptet das Umweltthema seinen Platz auf der Prioritätenliste aller Parteien (der Respekt vor den Bürgerinitiativen ist dabei sicher größer als vor den neugrünen Listen und Parteien).

Grüne Protestler suchen aus den unterschiedlichsten Gründen nach Alternativen zu der jetzigen Art von Politik, vor allem der Wirtschaftspolitik.

Es ist zu einfach, diese tiefgreifende Unzufriedenheit als Spinnerei, Wichtigtuerei, Schrebergarten-Philosophie abzutun. Seit den Berichten des Club of Rome, seit Ölkrise und weltwirtschaftlicher Rezession haben immer mehr Menschen — nicht nur bei uns — Zweifel an Großtechnik, Großbürokratie, Zweifel an Machbarkeit und Notwendigkeit großer Wachstumssprünge.

Diesen Bewußtseinswandel könnte eigentlich die sozial-liberale Koalition als einen ihrer größten Erfolge verbuchen. In ihren ersten

Regierungserklärungen hat sie mehr Lebensqualität und Bürgernähe verlangt. Eine neue soziale und ökologische Dimension der Wirtschaft wurde diskutiert. Die Freiburger Thesen der Liberalen und das Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 sind heute noch Rahmen und Grundlage aller Umweltforderungen und Diskussionen — auch im Lager der Grünen.

Doch SPD und FDP werden mit dem Umweltbewußtsein, das sie selbst geschaffen haben, nicht fertig. Aus liberalen Wählerinitiativen wurden Initiativen gegen die FDP, aus Umwelt-Partnerschaft Gegnerschaft. Die Koalition wollte mehr Demokratie wagen und ist jetzt von dem Sturzbach immer neuer Bürgergruppen, Protestbewegungen und Initiativen überrascht. Sie wollte den blauen Himmel über der Ruhr — und ist erschrocken, wenn dies jetzt vom grünen Protest bitterernst genommen und eine drastische Verschärfung des Immissionsschutzes verlangt wird —, auch auf die Gefahr hin, Betriebe stillzulegen. Jeder Baum soll erhalten werden. SPD-Oberbürgermeister erfahren ebenso wie CDU-Stadtoberhäupter, daß jeder gefällte Baum, jede neue Straße zu einem kommunalpolitischen Problem werden. Anfang der siebziger Jahre waren für viele Festtagsredner Bürgerinitiativen „das Salz in der Alltagssuppe der Demokratie“: sie erst „verhinderten Verkrustung, Selbstgefälligkeit, Machtkartelle, Dauerproporz im Zuteilen von Pöstchen und Machtchancen“. Das war Auf-die-Schulter-Klopfen und Verweisen auf den Vorraum der eigentlichen Entscheidungen, die von den Parteien dann schon getroffen würden. Da war oft auch Heuchelei und Arroganz der Macht im Spiel: Parteien wirken an der politischen Willensbildung nach unserem Grundgesetz mit — sie sind aber nicht diese Willensbildung. Bürgerinitiativen haben sich eben nicht nur an die Parteien zu halten; sie sind nicht eine Art von „Neben-Demokratie“. Gerade die Liberalen müßten das wissen, stehen sie als kleine Partei doch immer mit einem Bein im Lager der Bürgerinitiativen, auf jeden Fall in den Bundesländern, in denen sie gerade nicht im Landtag sind. Für Bürgergruppen sensible Themen gehen daher die FDP besonders an, aber auch CDU und SPD betonen Bürgernähe.

Doch die Wurzeln des Grünen Protestes reichen noch tiefer: in Kulturpessimismus, Fortschrittskritik, Zweifeln an der verwalteten Welt. Grüne Protestler sprechen vom „Säurebad der Industriekultur“, das alle Lebensver-

hältnisse vergifte, von Wachstumsfetischismus; eine neue Umwelt-Ethik, Alternativen zu Auto-Kultur und Energieverschwendung werden gefordert. Mehr Selbstverwaltung und mehr Bescheidenheit in Lebensführung und Konsum werden in Öko-Kommunen praktiziert und von grünen Protestlern erstrebt. Viele junge Menschen wollen „aussteigen“ aus der Gesellschaft, lehnen Wettbewerbs- und ständige Konsumsteigerung ab. Hippies, Blumenkinder und die Bewegung für mittlere (einfache) Technologien leben neue Werte vor.

Symbol dieser Suche nach der Alternative, Sinnbild gefürchteter Großtechnik, Großbürokratie, unverantwortlicher Großmannssucht ist die Kernenergie, die im Guten und Bösen Pate stand für alle wichtigen Leitbilder unserer heutigen Industriekultur: für den technischen Vernichtungskrieg (Atombombe) ebenso wie für organisierte Großforschung und internationale Hilfsprogramme für die Dritte Welt (das Programm „Atom für den Frieden“ war das erste weltumspannende Projekt der Nachkriegszeit), aber auch für Glaubwürdigkeit, Prestige, Zukunftshilfe wissenschaftlicher Experten. Die Kernenergie Diskussion war der Anfang der Wissenschafts- und Fortschrittskritik, die immer mehr in ethische Dimensionen hineinreicht (Retorten-Baby).

Seit langem — beginnend in Kalifornien Mitte der sechziger Jahre — gibt es an vielen Stellen in der Welt die Alternativ-Bewegung (oder Anti-Konsum-Bewegung). Gefragt wird von diesen Gruppen — Öko-Kommunen, Wissenschaftlern, Architekten, Bürgerinitiativen, Schriftstellern —, ob nicht von uns allen eine grundsätzliche Verweigerung gefordert ist, „eine radikale Abwendung von der konsumtiv-technokratischen zu einer asketischen Kultur“ (Carl-Friedrich von Weizsäcker). Alternativen zu Kulturbetrieb und Fernseh-Dauer-Konsum werden gesucht und erprobt. Bundeskanzler Schmidt und andere haben einen fernsehfreien Tag jeder Familie empfohlen, damit wieder ein ruhiges Gespräch, die Beschäftigung mit den kleinen Sorgen der Kinder, kurz Familienleben stattfinden kann (was bei Dauer-Fernsehkulisse oft nicht mehr möglich ist).

„Umdenken und Umschwenken“ heißt eine berühmte Schweizer Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU) beider Zürcher Hochschulen. Die in ganz Europa gezeigte Ausstellung hat eine Flut von ökologischen Basisgruppen, Diskutierzirkeln, Bürgerinitiati-

ven, Schriften und Protestaktionen hervorgehoben. Die von der Schweizer AGU herausgegebenen Kataloge bringen sehr instruktive Beispiele für Alternativen im Hausbau, in der Wohnungsgestaltung, im Energiekonsum, in der Kommunikation, im Landbau usw. — jeweils mit Hinweisen für Gleichgesinnte, Handlungsanweisungen, Modellskizzen und Zeitungsausschnitten. Hier ist auch ein Alternativ-Buch entstanden, das Aktionsbuch: eine Mischung aus philanthropischem Neckermann-Katalog und Maos kleinem roten Büchlein. Kollagen-Techniken, Selbstzeugnisse, Bekenntnisse wechseln mit staubtrockenen handwerklichen Hinweisen.

Wichtig ist, daß alle Umweltschriften und Alternativ-Kataloge oder -Wegweiser dem Aufbau einer Kommunikations-Infrastruktur dienen, eine Art Gegenstruktur schaffen wollen zur Establishment-Struktur der Herrschenden, der „Funktionäre“, „Technokraten“ und „Bonzen“, der „squares“. Hinweise auf Meditation, Yoga-Übungen, Erweiterungen des Bewußtseins durch neue partnerschaftliche Diskutier- und Arbeitsformen gehören zu den Ratschlägen für alternatives Leben. Vorbilder sind die Quäker, die Hutterer-Gemeinden in Süd-Dakota und andere christliche Gruppen in den USA, ebenso wie die neu entstandenen Öko-Kommunen und Gruppen ökologischen Landbaus. Die Literatur der „Gegenkultur“ wird jeden Tag vermehrt — vom Gemeinschaftsexperiment von Twin Oaks in Virginia bis zu Vorschlägen für Konsum-Verweigerung politischer Studentengruppen. Wie in den USA haben auch bei uns zahllose spontane unpolitische Gruppen — religiöse, bodenständig-bäuerliche Gruppen, Tierschützer, Anthroposophen, Yoga-Anhänger oder Vertreter der Vital-Bewegung (ökologische Diät) — sehr ähnliche Ziele, Kommunikationsformen und Erscheinungsformen. Die Grünen erfassen neben den Bürgerinitiativen und Kernkraftgegnern, also den eigentlichen Umweltschützern, auch alle diese unpolitischen Gruppen — häufig mit nostalgisch-kulturkritischem Akzent —, weil diese Gruppen die gemeinsame Suche nach den Alternativen zur jetzigen Form zu leben, zu konsumieren, wachstumsgläubig zu sein, verbindet. Propheten der Alternativ-Bewegung sind Ivan Illich, Erich Schumacher („small is beautiful“), Robert Jungk (Atomstaat), der Bürgerrechtler Martin Luther King und der Initiator des gewaltlosen Widerstandes und des einfachen Lebens, Mahatma Gandhi. Illich weist immer wieder darauf hin, daß mehr Wohnungen für viele

weniger Geborgenheit, weniger Nestwärme, weniger Sicherheit bedeuten — auch weniger Fröhlichkeit, daß mehr Medizin zu Medizintechnik, immer neuen Krankheiten, kürzerer Lebenserwartung führt (die Lebenserwartung, besonders der Männer, geht in den letzten fünf Jahren wieder zurück, nachdem sie viele Jahrzehnte ständig angestiegen war). Nach Illich oder Mac Luhan — und jüngst auch Karl Steinbuch — haben wir mehr Information, aber weniger Orientierung, weniger Verstehen von Zusammenhängen.

Gesucht werden Vorbilder oder Pioniere, die vorleben, wie gesundes Leben ohne teure und bürokratisierte Medizintechnik möglich ist. Wie ist Wohnlichkeit und Geborgenheit ohne viele Kubikmeter Beton möglich? Wie kann die Hausmüll-Lawine vermieden werden? Wie lernen wir wieder zu leben, unsere Sinne zu gebrauchen? Licht, Farbe, Luft, Klang, Empfinden für Materialien, Schwingungen sollen wieder erlebbar werden.

Von allen diesen Strömungen, Sehnsüchten, Erfahrungen speist sich der grüne Protest. Er wird zum Sammelbecken vieler nachdenklicher, von der Aggression der Technik betroffener Menschen. Der Protest hat moralische Untertöne. Was machen wir mit unserem Reichtum? Soll wirklich ein Viertel der Menschen sieben Achtel der Reichtümer dieser Erde verbrauchen? Wohin geht die Reise? Warum muß das Wettrüsten unvermindert fortgesetzt werden? Brauchen wir alle die Großzentren, Großmärkte, Großbürokratien?

Diese Fragen, diese ethische Herausforderung an unser parlamentarisches System, müssen in kritischer Selbstprüfung durchgestanden werden ohne hektischen Aktionismus, ohne Versuch, die grünen Listen noch zu überbieten (etwa in Form von Koalitionsangeboten von SPD-Politikern). Viele Fragen des grünen Protestes sind alte Fragen der Alternativ-Bewegung: Bürokratie-Kritik, ehrliche Dritte-Welt-Politik, Dezentralisierung, Erweitern der Grundrechte um eine soziale Dimension, rationale Energiepolitik, Erhaltungs- statt Wachstumswirtschaft etc.

Wohin führt uns der grüne Protest? Verschwinden mit ihm politischer Idealismus und Engagement für Langfristprogramme aus den jetzigen Alt-Parteien? Wird sich unsere politische Landschaft entscheidend verändern? Bedeutet grüner Protest den Beginn Weimarer Verhältnisse, den Anfang einer Parteienzer-

splitterung mit „one-issue-parties“ und Ein-Punkte-Programmen? Wird es eine ganz neue Form der Bürger-Partei geben, wie sie der ‚Steuer-Rebell‘ Hermann Fredersdorf angekündigt hat? Brechen bisher festgefügte Blöcke in der Parteienlandschaft auf? Wie wird sich die umweltpolitische Szene Europas entwickeln? Wird der von grünen und bunten Listen erhoffte Wertewandel eintreten? Oder ist der grüne Protest ein Strohfeuer — schnell einfach und schnell vergessen? Ist der grüne Protest konsequente Fortsetzung der APO oder eine mehr mittelständisch-konservative Bewegung?

Die APO war systematischer, theorie-bewußter, auch realistischer als der grüne Protest. Die Grünen verzichten auf den langen Marsch durch die Institutionen; sie wollen eine Art Öko-Märtyrer, Gegen-Politik, Erweckungsbewegung bleiben. Die GAZ sieht selbst ihre Koalitionschancen zu den Altparteien als gering an. Sie pflegt dieses Bild der utopistischen Bekenntnis-Gemeinde, die von den etablierten Parteien boshaft verkannt und verspottet wird. Die grünen Listen wollen alles ganz anders machen; sie wollen einen neuen Anfang setzen, im bestehenden Parteiensystem gerade nicht mitspielen.

Grüne Listen sind längst ein europäisches Ereignis. In Holland, Frankreich und Belgien kandidieren sie seit langem. Die *écologistes* konzentrierten sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen vom März 1978 auf Paris und wenige Ballungsgebiete sowie auf Wahlkreise, in denen Kernkraftwerke geplant oder im Bau waren; sie erreichten 2,2 % der Gesamtstimmen (in Straßburg 8,3 %). An der Europawahl will eine Grüne Internationale unter Führung von Antoine Waechter, dem elsässischen Sprecher der Bürgerinitiativen im Rheingrenzgebiet, teilnehmen.

Umweltschützer in der ganzen Welt — von den Friends of the Earth, Sierra Club, Naturschutzverbänden, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz bis zum Bundesfachausschuß Umwelt der FDP — fragen zu Recht: Welche Gesellschaft wollen wir, in welchem Zustand wollen wir diesen Planeten Erde unseren Kindern, unseren Enkeln hinterlassen? Als Mondlandschaft nach Hermann Kahns sieben großen Nuklearkriegen? Als Ort der Gewalt, der Bürgerkriege, des erbitterten Kampfes um Rohstoffe, der egoistischen Auseinandersetzung um mehr Macht und Prestige? Als geplünderten, seiner Schönheit und Naturschätze, seiner letzten unberührten

Wälder und Küsten beraubten Planeten? Als von Wissenschaftlern und Technokraten perfekt geplanten, nach politbiologischen Normen durchorganisierten Weltstaat, wie ihn Samjatin und Orwell genau beschrieben haben? Als paradiesischen Ort der Konflikt- und Bedürfnislosigkeit, als weltweites Netz religiöser und Öko-Kommunen mit Ächtung der Großtechnik, Großbürokratie, vor allem aber bewußten Verzicht auf die Kernenergie, wie dies grüne Protestler erstreben? Bertrand de Jouvenel spricht zu Recht von „futuribles“, also von möglichen Zukünften, von einer Vielzahl mehr oder minder wahrscheinlicher Zukünfte.

Wir wissen nicht, wie die Welt in dreißig oder vierzig Jahren aussehen wird, aber wir können sagen, welche Welt wir *wollen*.

Die prinzipielle Offenheit der Zukunft selbst gilt es vor allem zu erhalten. Jede Zukunft hat immer auch eine Gegenzukunft, eine Alternative. Die Welt ist grundsätzlich reformfähig. Kernenergie ist nicht die einzige Lösung der Energieprobleme der Zukunft. Großbürokratien, betonierte Landschaft, häßliche City-Zentren von der Stange, autogerechte Städte mit Zerstörung der historischen Stadtkerne, Lärm, Staub und Schmutz sind nicht die einzige Form, in der Menschen in Zukunft leben können, leben müssen. Es liegt an uns, ob wir alle unsere Talente und Ideen für das Schaffen einer besseren Umwelt nutzen. Eine Fülle von Alternativen wird schon seit Jahrzehnten von Dichtern, Künstlern, Wissenschaftlern, Studenten- und Bürgergruppen — in der Jugendbewegung schon um die Jahrhundertwende — gefordert, beschrieben, gelebt. Zukunft ist mitnichten von den jetzt Herrschenden, jetzt an den Schalthebeln der Macht Sitzenden vollständig vorprogrammiert, kolonisiert, vereinnahmt — schon deshalb nicht, weil es verschiedene Machtzentren, bei uns Gott sei Dank eine kräftige Opposition, Protestgruppen, Bürgerinitiativen gibt.

Eine neue Art Wissenschaft mit Respekt vor der Millionen Jahre alten Schöpfungsordnung wird gefordert, die einer neuen Umweltethik sich verpflichtet weiß und Naturkreisläufe erhält oder behutsam unterstützt (und nicht durch Großtechnik zerstört).

Aufgabe moderner Wissenschaft ist es immer wieder, die „Befreiung des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit“ (Kant) durchzusetzen. Nichts hat diesen unseren Planeten mehr verändert als die Wissenschaft —

von der Erfindung des Telefons, der Entdeckung der Kernspaltung, von Computer- und Raumfahrttechnik, Laser und Maser bis zu den mit — die Ozon-Schutzschicht schädigenden — Fluorkohlenwasserstoffen betriebenen Spray-Dosen. Daniel Bell spricht von einer „Erfindungs-Zivilisation“, Binswanger in seinen Analysen für Wachstum und Umwelt (NAWU-Report) von einer „Wohlfahrtsfalle“. Eine Neuerung jagt die andere. Die Wirklichkeit unserer immer bizarreren, der natürlichen Lebensform immer *entrückteren* Welt eilt den Utopien und Science-fiction-Berichten oft weit voraus. Terror- und Folterszenen in Lateinamerika gehören zu dieser Wirklichkeit ebenso wie das endlose Geräuschband an Dauer-Informations-Berieselung, das trotz enorm gestiegener Informationsmöglichkeiten, bei immer mehr Menschen zu immer größerer Ratlosigkeit, Hilflosigkeit und zu dem Gefühl des Ausgeschlossenseins des einzelnen von der Welt der Entscheider führt.

Ein gerütteltes Maß Schuld an diesem Zustand oberflächlicher Schein-Informiertheit und ständiger Frustration hat die Fernseh-Weltkultur unserer Tage, wie sie klassisch McLuhan oder auch Noelle-Neumann beschrieben haben. Schon Lewis Mumford und Theodor W. Adorno kritisierten diese Kulturindustrie, die sich selbst überlassene Aufklärung, Kommunikations-Megamaschinen, die in ihrer uferlosen Expansion zu Großverlagen, Regierungsagenturen und Multi-Media-Konzernen ihren Zusammenbruch nur beschleunigen können, einfach weil die Steuerungsinformationen nicht zur Verfügung stehen.

Die Sprache des Mannes auf der Straße ist eine andere als die der Bürokratie oder die der Wissenschaft. Es fehlt an Übersetzern und Vermittlern zwischen diesen verschiedenen Sprachen, zwischen verschiedenen Ebenen und Formen des Nicht-Verstehens. Gerade mit ihren kleinen Sorgen werden viele Bürger im Stich gelassen. Der Beamte in der Demokratie sollte sich als Dolmetscher, Partner, ja als Teil dieses Bürgerprotests gegen Wohlstandsfallen und Nicht-Verstehen der Industriekultur (als „Bürgeranwalt“) begreifen. Die heutige Informations-Umwelt bringt geradezu Protestbewegungen, Verärgerung, Verdrossenheit an der Industriekultur und ihren Großbürokratien hervor. Wir alle sollten gegen diese Zukunftsangst angehen, energisch gegen leerlaufende Bürokratie und übermäßige Zentralisierung Front machen, Modelle der Selbsthilfe

(Bürger helfen Bürgern, Aktion Gemeinsinn) entwickeln. Die Verwaltung sollte sich mehr als „Bruder des kleinen Mannes“ verstehen — nicht mehr als Geheimrat vom Staat, würdige entrückte Autorität, unverstandene Bürokratie-Maschine.

Trotz immer größerer Mengen an Umwelt-Spezial-Informationen wird der Graben zwischen allgemeinem Umweltbewußtsein und wissenschaftlichem Umweltwissen immer größer. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen stellt in seinem letzten Jahresgutachten 1978 fest, daß ein allgemeines Wert- und Umweltbewußtsein als Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Menschen weitverbreitet ist, die einschlägigen Umwelt-Kenntnisse aber nicht in dem gleichen Maße gewachsen sind.

Trotz vieler wissenschaftlicher Veröffentlichungen weiß die Hausfrau nicht, wo sie unge-spritztes Obst einkaufen kann, oder der Rentner erhält keine Antwort auf seine Fragen nach konkreten Krebsgefahren.

Hinzu kommt, wie der Sachverständigenrat auch zu Recht bemerkt, daß die Kernenergie-diskussion inzwischen die gesamte Umweltdiskussion geradezu erschlägt. Umweltprobleme wie Schädlichkeit von Umweltchemikalien, Gefahren für das Grundwasser, Umweltsünden der Landwirtschaft, Gift-Transporte auf unseren Straßen, Infra-Schall mit Frequenzen unter 20 Hertz — alles Probleme, die mindestens ebenso schwerwiegend sind wie das Problem der Kernbrennstoffrückstände — treten im Bewußtsein zurück oder gehen ganz unter.

Alle diese Umweltprobleme aber nehmen in ihrer Bedeutung für unser Leben und Überleben zu. Die Beispiele für falsche Einschätzung von Umweltrisiken und Gefahren sind Legion. Flächendeckende ökologische Informationen, auch für alle Teilräume der Bundesrepublik, liegen bisher nur sehr unvollständig vor. Die ökologische Beweissicherung steckt noch in den ersten Anfängen.

Der Durchbruch gegenüber früheren Jahrzehnten war auch hier der Zielkatalog des Umweltprogramms der Bundesregierung von 1971. Das Umweltbundesamt und die Umwelt-Landesämter beginnen jetzt mit dem Abbau des Vollzugsdefizits, mit Sukzessionskontrollen, Wirkungsforschung und systematischen Belastbarkeitsstudien für einzelne Öko-Systeme. Eine unendlich mühsame Kleinarbeit ist im

Gänge. Wirkungszusammenhänge werden von der Forschung besser dokumentiert, Ersatzstoffe für umweltschädliche Produkte entwickelt (wie etwa der Phosphatersatzstoff SASIL oder einfache mechanische Pümpchen als Ersatz für mit Fluor-Kohlenwasserstoffen betriebene Spray-Dosen, Papierbehälter für Pflanzen, die im Boden verrotten [statt Plastik-Behälter] usw.). Diese wissenschaftlich exakte Öko-Buchhaltung muß zur Überprüfung auf mögliche schädliche Umweltauswirkungen jeder Planungsentscheidung, jeder Produktentwicklung eine Selbstverständlichkeit werden. Wie den Hippokratischen Eid der Ärzte müßte es den Umwelt-Eid aller Planungs- und Ingenieurberufe geben, nichts zu entwickeln, nichts vorzuschlagen, nichts auf den Markt zu bringen, was die Umwelt auf Dauer schädigt, ökologische Kreisläufe verändert, geringen Energienutzungsgrad hat. Von solcher Einstellung sind wir noch weit entfernt.

Die Voraussetzungen für eine rationale und langfristige Umweltpolitik der Grund- und Rohstoffsicherung sind vorhanden oder werden in Kürze vorhanden sein. Offen ist, ob der politische Wille da ist, diese neuen Instrumente und Einsichten auch anzuwenden, durchzusetzen, einzüben in der Alltagspraxis. Gerade hier beginnt der berechtigte Zweifel der Grünen. Muß wirklich die Bodensee-, Odenwald- oder projektierte Schwarzwald-Autobahn gebaut, müssen die nach dem jetzigen Regierungsentwurf vorgeschlagenen Verkehrslärmwerte so hoch angesetzt werden? Geht nicht der Lärmschutz vor Kilometer? Warum spricht die Industrie vom Investitionskiller Umweltschutz? Erschlägt nicht die falsche Alternative „umweltschädigendes Wachstum oder Arbeitslosigkeit“ jede vernünftige Umweltpolitik und macht ernsthafte ökologische Orientierung der Wirtschaft unmöglich?

Plato hat 400 Jahre vor Christi Geburt in seinem Werk „Die Gesetze“ das Modell einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ohne Wachstum beschrieben. Nach Plato gerät alles „außer Rand und Band“, wenn man mit Überschreitung des richtigen Maßes dem Kleineren eine zu große Gewalt gibt, etwa einem Schiff zu große Segel oder einem Körper zuviel Nahrung. Boden wird in der platonischen Modellstadt ideell als Gemeingut des ganzen Staates angesehen. Nur ein Drittel der geernteten Früchte dürfen auf dem Markt angeboten werden; zwei Drittel müssen der Selbstversorgung dienen. Jeder ist gleichzeitig Städter und Bauer und hat eine Wohnung im

Zentrum der Stadt sowie eine am Rande (Plato war der erste Peripherie-Theoretiker, wollte Gleichheit der Lebenschancen für Stadt und Land).

Der NAWU-Report zitiert Platos nach wie vor wichtige Zukunftsmodelle als Beispiel für Maßhalten und Mäßigung „in unserer Zeit der Überbordung und wachsenden Gegensätze“. Der zweite Bericht des Club of Rome knüpft an Plato mit seinem Vorschlag des organischen oder ökologisch maßvollen Wachstums an. Viele Öko-Kommunen praktizieren inzwischen Platos Idee der Selbstbeschränkung und Selbstversorgung. Auch utopische und asketische Weltmodelle verlangen Antworten der Politik. Wachstum muß qualitativ gesichert und begründet werden.

In vielen Jahrhunderten der Menschheitsgeschichte gab es Gesellschaften mit Bestands- und Erhaltungswirtschaft — anderen Werten als denen der faustisch-dynamischen Anspruchssteigerung, etwa vom 13. bis 15. Jahrhundert, in Europa oder in mittelamerikanischen und asiatischen Kulturen. Dennis Meadows hat, an Max Weber anknüpfend, das Christentum für die rasch fortschreitende Umweltzerstörung auf unserem Planeten verantwortlich gemacht. Hat der Mensch wirklich das Recht, sich „die Erde untertan zu machen“, sie nach seinem Willen zu formen — ohne Rücksicht auf ökologische Zusammenhänge? Muß alles, was technisch machbar ist, auch gemacht werden? Hat nicht Franz von Assisi Christus besser verstanden mit seiner Predigt der Liebe zu allen Geschöpfen, Pflanzen, Tieren, der ganzen Schöpfungsordnung, wie sie uns treuhänderisch, als feudum, als Patrimonium, zur Vorsorge für unsere Kinder und Enkel überlassen worden ist? Muß die „Revolution steigender Erwartungen“, Wohlstands-Infarkt, Verfettung unserer Industriekultur nicht durch eine neue Umweltethik angehalten, gestoppt werden? Georg Picht, Carl-Friedrich von Weizsäcker, Barry Commoner, E. F. Schumacher und viele andere stellen diese Fragen immer dringlicher. Die neue Disziplin der Werte-Forschung, wie sie u. a. das Berliner Institut für Zukunftsfragen entwickelt hat, versucht Antworten auf alle diese Fragen mit Mitteln der empirischen Sozialforschung zu geben. Wie wird ein neuer Werte-Kanon in einer Welt mit größeren Sozial- und Umweltkonflikten, wie der Übergang von der Ethik des Herrschens und Dienens zur Ethik der Freiheit und Gleichheit aussehen?

Die großen Parteien — Kurt Biedenkopf voran — suchen seit Jahren mit der Lampe der Kulturkritik in der dunklen Nacht allgemeiner Parteienverdrossenheit nach den neuen Werten, nach dem neuen Grundkonsens — und haben nicht gemerkt, daß diese Werte längst vorhanden, geglaubt, von vielen Menschen in unserem Lande praktiziert werden: eben eine neue Umweltethik, das Wissen um die Empfindlichkeiten der Natur gegenüber rücksichtsloser Ausbeutung und Zerstörung. Das Verlangen nach Ruhe, Muße, Abschalten-Können von Streß, Lärm, Hektik, der Wunsch, mit kleinen Sorgen ernst genommen zu werden, die Förderung nach dem Bürgerrecht auf Mitwirkung und Mitgestaltung, tagtäglich und nicht nur alle vier Jahre bei einer weitgehend durch Parteibürokratien vorprogrammierten Wahl — dies sind neue Werte, vielfältig als notwendig empfunden, oft unklar formuliert, aber immer stärker auch praktiziert: Die Zahl der Betriebe für ökologischen Landbau hat in den letzten zehn Jahren um das Fünffache, die Zahl der Bürgerinitiativen auf allen Gebieten des Umweltschutzes um das Hundertfache und die Bereitschaft, sich im Umweltschutz zu engagieren, millionenfach zugenommen.

Keine Regierung in der deutschen Nachkriegsgeschichte hat soviel in so kurzer Zeit für den Umweltschutz getan und an breiter Zustimmung in der Bevölkerung erreicht wie die sozialliberale Koalition. Aber merkwürdigerweise wird sie ihrer eigenen Taten nicht froh. Seitdem Ölkrise und Arbeitsplatzsicherung neue Prioritäten setzten, werden Umweltforderungen genauer auf Kostenfolgen abgeklopft; die Zielkonflikte sind damit schwerer und intensiver geworden.

Rückgrat vieler Bürgerinitiativen sind nach wie vor engagierte Beamte der Gesundheits- und Gewerbeämter. Ein breiter Strom von Informationen, Ermunterungen, Unterstützung geht seit Jahren vor allem aus dem Bundesinnenministerium an die verschiedensten Bürgerinitiativen und Umweltverbände. Unentgeltlich verteilte Informationsdienste, aus den verschiedensten Titeln finanzierte Seminare und Umwelt-Ausstellungen, Beratungs- und Auskunftsdienste liefern Fakten und Unterlagen für Umwelt-Aktionen — auch zur Kritik der Behörden. Auf keinem anderen Gebiet ist soviel, so intensiv mit Bürgergruppen zusammengearbeitet, gemeinsam geplant, gestritten, um partnerschaftliche Lösungen gerungen worden. In das Umweltprogramm von 1971 sind

über 300 Vorschläge von Bürgerinitiativen eingearbeitet worden; mit dem Umweltforum der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen ist eine Art Umweltparlament entstanden, in dem sehr offen die Konflikte mit Kommunen und Industrie, die Auseinandersetzungen zwischen den Fachressorts, die Hindernisse und ärgerlichen Sachzwänge der Wirtschafts- und Haushaltspolitik diskutiert werden. Die Bundesregierung hat seit 1970 den Umwelt-Bürgerinitiativen Infrastruktur und Bühne mitgeschaffen, auf der sie agieren können. Dazu gehören zahlreiche Umweltveröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie der Auskunftsdienst des Umweltbundesamtes.

Viele ausländische Beobachter fragen verwundert: Hat diese sozialliberale Bundesregierung eigentlich Angst vor der eigenen Courage bekommen? Warum sollen eigentlich Bundesimmissionsschutzgesetz und TA-Luft (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft) geändert werden? Warum wird den Vorschlägen zum Verkehrslärm und zur Bändigung der sozialen Kosten des Autos in der Großstadt, wie sie der Umwelt-Sachverständigenrat macht, nicht gefolgt? Warum verliert Bonn seine Führungsrolle im europäischen Umweltschutz und steht vor allem beim europäischen Umweltchemikalienrecht und bei der Festsetzung europäischer Schwefel-Immissions-Normen auf der Bremse? Dieser Eindruck — etwa der Holländer und Franzosen — ist sicher in vielen Einzelheiten falsch. Aber warum konnte ein solcher Eindruck überhaupt entstehen? Bestand denn irgendein Grund, im Umwelt-Reformwillen auch nur einen Millimeter nachzulassen? Auf keinem anderen Gebiet (schon gar nicht auf dem der Bildung) ist die Bevölkerung der Regierung so bereitwillig gefolgt wie bei der Verschärfung und dem Ausbau des Umweltschutzes.

Bangemacher aus der Wirtschaft haben die Bundesregierung zu Unsicherheiten, Unklarheiten und Überprüfungen ihrer Umweltpositionen veranlaßt. Die TA-Luft — inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht im Fall Voerde als ausgewogener Erkenntnisstand von über 1 000 Umwelt-Experten anerkannt — wurde lange Zeit als Morgenthau-Plan von Kreisen der Wirtschaft verketzert. Auch nur eine Verzögerung der vor wenigen Jahren noch verlangten 50 000 MW Kernkraftwerk-Kapazität wurde als Zusammenbruch der deutschen Elektrizitätsversorgung an die Wand gemalt. Alle diese Behauptungen und Prognosen waren so falsch

wie die Argumente in der jahrelangen Kampagne gegen das Benzin-Blei-Gesetz. Behauptet wurde, die nötigen Mengen bleiarmer Benzins seien rechtzeitig gar nicht bereitzustellen. Zudem schädige das bleiarne Benzin zumindest die hochverdichteten Motoren und verkürze deren Lebensdauer. Alle diese Argumente waren nicht stichhaltig, was schon nach den sorgfältigen begleitenden Untersuchungen zu erwarten war. Der Rückgang der Bleiemissionen von 1970 bis 1975 beträgt 65 %. Durch diese Zahlen wird der damalige Innenminister Genscher in seiner harten Haltung gegenüber der Industrie voll bestätigt. Hat die Bundesregierung eigentlich die Blei-Schlacht vergessen?

Doch die Zeit der Turbulenzen und Abwehrschlachten im Umweltschutz ist jetzt vorbei. Dies ist bereits ein Erfolg des grünen Protestes. Die Bundesregierung und die Landesregierungen nehmen sich wieder verstärkt und energischer des Umweltschutzes an — mit der Aufnahme von neuen Umwelt-Delikten ins Strafrecht, mit der Verbesserung der Bürgerbeteiligung am Genehmigungsverfahren, mit dem Zurückschrauben der Anteile der Kernenergie am Gesamt-Energie-Paket (Kernenergie nur dort, wo nachgewiesener Restenergiebedarf besteht), mit der konsequenten Durchsetzung des Verursacherprinzips (die Kernenergiewirtschaft muß voll für alle Kosten der Entsorgung zahlen, ebenso die Kommunen für die Verschmutzung unserer Flüsse durch kommunale Abwässer), mit Regelungen für Umweltchemikalien und Störfälle in der erdölverarbeitenden und chemischen Industrie. Ein Lärmschutz-Aktions-Programm und Vorschläge zur Verbandsklage liegen auf dem Tisch.

Wären die Grünen demzufolge der ideale Bundesgenosse der jetzigen Bundesregierung? Sie vertreten sicher ebenfalls die Ziele des Umweltprogramms von 1971 — Herbert Gruhl hat sie jedenfalls viele Jahre als CDU-Abgeordneter vertreten.

Warum es trotz Umweltprogramm, zahlreichen neuen Umweltgesetzen — vom Bundesimmissionsschutzgesetz bis zum Abwasserabgabengesetz —, trotz Umweltbundesamt, schärferen Umweltkontrollen, Abfallwirtschaftsprogramm, vielen Initiativen in Bundes- und Landesregierungen zum grünen Protest kommen konnte, hängt mit vielen Faktoren zusammen, u. a.:

— dem in der ganzen Bevölkerung vorhandenen Bewußtsein akuter Umweltgefährdung;

- Sorgen um die künftige Entwicklung der eigenen Heimat und engeren Umgebung;
- Furcht vor einer Minderung des eigenen Besitzstandes durch umweltbelastende Ansiedlungen;
- Ärger über Planungsabläufe, die immer stärker als obrigkeitlich-einseitig und undemokratisch empfunden werden;
- Mißtrauen gegenüber Absichten der Politiker;
- Uninformiertheit über wirtschaftliche oder ökologische Zusammenhänge.

Wenn, wie etwa bei der Planung von Standorten für Kernkraftwerke oder anderen industriellen Großprojekten, die Gefährdung der Umwelt als Gefährdung der eigenen Existenzgrundlage gesehen wird, wächst die Widerstandsbereitschaft und damit die Geneigtheit, grüne Listen zu wählen. In Niedersachsen waren die Stimmzahlen der Grünen am höchsten im Wahlkreis Lüchow-Danneberg, in dem der geplante Standort für das Atommüllentsorgungszentrum Gorleben liegt. In den Kommunalwahlen Anfang März 1978 in Schleswig-Holstein war das höchste von den Grünen erzielte Wahlergebnis mit 6,6 % im Landkreis Steinburg, in dem die Baustelle für das Atomkraftwerk Brokdorf liegt.

Dort, wo Umweltgefährdung unmittelbar ein Konfrontationsthema ist, schlägt Angst, Sorge, Verärgerung auch im Abgehen vom üblichen Wahlverhalten durch.

Dagegen wird das in Hamburg und Niedersachsen von vielen Kommentatoren festgestellte Spontane und Farbige des grünen Protestes zum Nachteil, wenn es — wie in Hessen etwa — um die Entscheidung über den politischen Gesamtkurs, um Zustimmung oder Ablehnung einer bestimmten Politik geht.

Das grüne Protestpotential verliert sich dann im herkömmlichen politischen Konfrontationsmuster. Das Bunte und Spontane erscheint den Wählern dann als zweitrangig oder politisch zu diffus, die Vielfalt der Gruppen erscheint als Zerstrittenheit, das utopische Element als unseriös, ja politisch naiv.

Diese Überlagerung in Hessen und Bayern braucht nicht zu bedeuten, daß ein ohne Zweifel vorhandenes Protestpotential nicht wieder mobilisiert werden könnte. Nicht überall gibt es „Dregger-“ oder „Strauß-Effekte“. Ob allerdings Herbert Gruhl die für solche Mobilisierung des Protestes geeignete Kraftquelle ist,

muß bezweifelt werden, zumal ihm von Anfang an Bürgerinitiativen recht kühl gegenüberstanden.

Gerade der GAZ als einer Honoratioren-Gründung von oben fiel es — etwa in Bayern — schwer, sich eine Infrastruktur zu schaffen; sie hat sich auf politisch riskante Wahlbündnisse z. B. mit der Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AuD) eingelassen, die ganz andere (versponnen-revolutionäre) Ziele als jedenfalls den Umweltschutz auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Carl Amery spricht davon, Herbert Gruhl habe mit seiner Parteigründung von oben „mit geradezu unwiderstehlicher Gewalt randständige Figuren aus der bürgerlich-kulturpessimistischen Ecke angezogen, biopolitische Mahngreise, Reformhaus-Kundschaft, vergrätzte Lokalpolitiker, die . . . auf wundersame Wirkung des neuen Etiketts hoffen“ (Publik-Forum 18. 8. 1978).

Was viele Wähler in Hessen und in Bayern verschreckt hat, ist dieser Unterton der Parlamentarismus- und Demokratiekritik, das Messianisch-Blauäugige, dieser Geruch nach Hermann Löns und Ganghofer, kurz die naive Politbiologie (die in anderer Form schon einmal unser ganzes Volk schließlich in schwerstes Unglück gestürzt hat — auch damals von vielen ehrlichen Wandervögeln und Bündischen nicht gewollt). Der grüne Protest hat schrille, gefühlige, schwärmerische, ja sehr demagogische Töne. Wer Wind sät, könnte Sturm ernten. Wer nur von etablierten oder Establishment-Parteien spricht, verschweigt, daß zum politischen Geschäft Kompromiß, Kooperation, Toleranz und Geduld, also Zusammenarbeit mit den Altparteien, gehören. Wer so tut, als könne über Nacht alles einfacher werden: „Menschen, Verwaltung, Technik, Verkehr!“ (wie es im Wahlauf Ruf der GAZ heißt), der ist unredlich. Über den Stand der reinen Umwelt-Unschuld, des Nochüberzeugt-werden-Müssens sind wir doch alle längst hinaus — auch alle Bonner Politiker. Alle haben wir unser Aha-Erlebnis gehabt. Für das Bürgertum war die Erkenntnis, daß Glück und Reichtum nicht identisch sind, ebenso einschneidend wie das Vietnam-Erlebnis für eine ganze Studentengeneration der Welt zehn Jahre zuvor.

Nicht das Ob, sondern das Wie ist heute das Problem. Wie kann eine Umweltverträglichkeitsprüfung in alle Fachplanungen, in jede Produktentwicklung verlässlich eingeführt werden? Welche alternativen Energiequellen

sind mit welchen Anreizen kurzfristig oder zumindest mittelfristig einzusetzen? Wie kann die etwa eine Million Hektar umfassende Ackerfläche, die durch den Verkehr vergiftet wurde, aus der aktiven Agrarproduktion genommen werden? Wie können Hausfrauen präzise Einkaufs-Tips für umweltfreundliche Produkte gegeben werden? Wie soll die Aktiv-Legitimation für eine Umwelt-Verbandsklage definiert werden? Wie muß eine Umwelt-Chemikalien-Grundprüfung aussehen? Durch welche Anreize können Kommunen zum Bau von Kläranlagen veranlaßt werden? Diese konkreten Fragen müssen von Bürgergruppen und -initiativen — wie bisher schon — mit allen Parteien diskutiert und formuliert sowie an Bundestag und Bundesrat herangetragen werden. Was glauben die Grünen Listen zu dieser praktischen Umwelt-Arbeit beitragen zu können? Hoffentlich wissen sie eine Antwort. Große Worte vom sinnerfüllten Leben oder von den Müttern als wichtigsten Stand des Volkes helfen hier nicht weiter, helfen auch der Bürgergruppe in Hanau, München oder Frankfurt nicht.

Umweltpolitik braucht mehr als guten Willen, mehr als gefühlige Ressentiments gegen das bestehende Parteiensystem. Die politische Realität ist kompliziert. Umweltinitiative verlangt praktischen Umweltverstand, Kooperationsfähigkeit und nicht zuletzt Geduld.

Bürgerinitiativen sind nicht identisch mit Grünen Listen; sie sind bei der Gründung der *Grünen Aktion Zukunft* auch gar nicht erst gefragt worden. Eine Gründung von oben braucht nicht mühsames Ringen um konkrete örtliche Probleme, geduldiges Zuhören. Hauptsache, der Protest kommt in den Medien an. Bei dieser Art von Ein-Punkte-Programmen und Ideologisierung des Umwelt-Themas besteht sogar die Gefahr, daß seit Jahren laufende ernsthafte Umwelt-Initiativen — innerhalb und außerhalb der Bundesregierung — an Glaubwürdigkeit verlieren, mit überspannten systemkritischen Thesen der „Grünen“ verwechselt und im Ergebnis die gesamte Umweltpolitik geschwächt wird.

Gegen Ende der Weimarer Zeit gab es schon einmal in unserer Geschichte „Sachparteien“ — Haus- und Grundbesitzer, Bauern, Mittelständler usw. —, die die gesamte Parteilandschaft so zersplitterten, daß regierungsfähige Mehrheiten nicht mehr zustande kamen. Auch daran erinnerte sich wohl mancher Wähler bei den letzten Landtagswahlen.

Noch stärker wird in Zukunft Umweltpolitik nicht als isolierte Fachpolitik, sondern als ökologische Orientierung aller Politikbereiche und damit als Bestandteil gesellschaftlicher Stabilitätspolitik verstanden werden müssen. Die Funktionen fachübergreifender Programm- und Aufgabenplanung müssen gestärkt, neue ökologische Planungsmodelle entwickelt, Zielkonflikte und Zieleinbußen gelöst und in einem längerfristigen Planungsrahmen aufgefangen werden. Das erfordert geduldiges, zähes Durchsetzen ökologischer Ziele und Eckwerte, zuerst in exemplarischen Lernfeldern und Modellprojekten und nach Erprobung neuer Alternativen überall in Wirtschaft und Gesellschaft (sei es über staatliche Abgaben, vernünftige Einsicht oder Verändern der Daten für die Wirtschaft).

Dieser außerordentlich schwierige Anpassungsprozeß kann in einer hochkomplizierten Industriekultur wie der unseren mit vielfachen weltwirtschaftlichen Verflechtungen nur gelingen, wenn Zielkonflikte ehrlich durchgestanden, frühzeitige Unterrichtung der Planungs-

betroffenen (also vor allem der Bürger) erfolgt, Kooperation mit allen Gruppen und Kräften der Gesellschaft gesucht wird. Nur bei solchem Vorgehen kann der für ein konsequentes Umsteigen auf umweltfreundliche alternative Verfahren und Technologien notwendige breite Konsens mit allen Gruppen und Schichten in der Gesellschaft gefunden werden. Es braucht für dieses schwierige Geschäft praktischen Umweltverstand und — trotz vieler Konfrontationen und Mißverständnisse — unverdrossene Kooperationsbereitschaft. Welterweckungskonzepte und moralische Appelle, wie sie die Grünen vorschlagen, reichen allein nicht, um mit der Jahrhundertaufgabe Umweltsicherung und Umweltgestaltung fertig zu werden.

Umweltpolitik braucht mehr und andere politische Innovationen als die Fortsetzung der Grundwerte-Diskussion in den „Altparteien“ mit ideologisch versetzten Vorzeichen. Das Umwelt-Thema ist zu wichtig, um im politischen Experiment ökologischer Parteien oder Grüner Listen verschlissen zu werden.

Politische Strömungen in der „Ökologie-Bewegung“

Vielleicht ist uns bisher noch gar nicht richtig aufgefallen, wie sehr unsere Sprache in den letzten Jahrzehnten standardisiert, schematisiert und „entmenschlicht“ worden ist, wozu die Zeit von 1933 bis 1945 noch besonders beigetragen hat. Freilich wirkte sich die „Technokratie“, d. h. die Vorherrschaft des Technisch-Machbaren, nicht nur in den Zeiten des „totalen Staates“ aus, sondern hinterläßt weiterhin ihre tiefen Spuren in den verschiedensten Bereichen des Lebens. Es mag uns entgehen, daß wir ständig Begriffe „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ verwenden, um an den Titel eines offensichtlich zu wenig gelesenen Buches von Sternberger, Storz und Süskind zu erinnern. Wenn dies der Fall sein sollte, dann ist es ein trauriges und ernst zu nehmendes Zeichen. Aber man kann angesichts bestimmter Tendenzen in der Sprache bzw. des starken Gebrauchs von Begriffen „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ auch überempfindlich gegenüber einzelnen Worten werden. Zu ihnen gehört zweifelsohne das Wort Bewegung, das neuerdings wieder so oft auftaucht, daß man darauf achten sollte.

Es ist gut, daß etwas in Bewegung gekommen ist, ja, es war unbedingt notwendig — überlebensnotwendig, denn die wirtschaftliche Entwicklung wurde und wird zunehmend problematischer und die gesellschaftliche Entwicklung ist weitgehend zum Stillstand gekommen. Die Frage ist nur, wer und aus welchen Gründen bzw. mit welchen Absichten etwas in Bewegung bringen will.

Die „Ökologie-Bewegung“ hat gewisse Vorläufer in dem Engagement der sog. unruhigen Generation, in der studentischen Unruhe der sechziger Jahre, in der außerparlamentarischen Opposition und in mancherlei parallelen Erscheinungen zu der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. In der Hauptsache getragen von jungen Akademikern gab es in den sechziger Jahren Initiativen für die kleine Klasse, für eine repressionsfreie Erziehung, für mehr Kinderspielplätze, für sichere Fußgängerüberwege, für mehr Rechte der

Hausfrau usw., also ganz gezielte Bemühungen um menschenfreundlichere Bedingungen im „Reproduktionsbereich“. Im Reproduktionsbereich, d. h. im Wohn- und Freizeitbereich, entwickelten sich Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre zahlreiche Bürgerinitiativen, denen es nicht nur um menschen-, sondern zugleich auch um umweltfreundlichere Verhältnisse ging. In der Kontroverse um die sog. friedliche Nutzung der Kernenergie nahmen dann die Bürgerinitiativen geradezu lawinenartig zu. Diese „Ökologie-Bewegung“ ist nicht, wie die Vertreter traditioneller Umweltschutzverbände gern behaupten, durch diese Verbände geprägt, sondern durch das außerordentlich vielfältige, durchweg ganz spontane und entschiedene Engagement von Bürgern in Gestalt der Bürgerinitiativen.

Claus Offe und andere haben den Bürgerinitiativen meines Erachtens zu Unrecht vorgeworfen, sie seien eben nichts anderes als Initiativen von Bürgern, die sich mit ihrer Tätigkeit und ihren Zielsetzungen auf die „disparitären“ Bereiche Wohnen, Freizeit und Verkehr beschränken und dort nur ihren persönlichen Unmut kundtäten bzw. nur mit Hilfe bürgerlicher Formen des Protestes agierten. Ihnen fehle der Wille zur „sozialistischen Transformation“ der Gesellschaft und damit die Bereitschaft zu handfesteren Formen des Widerspruchs wie Go-in, Blockade und andere direkte Aktionen.

Daß sich der überwiegende Teil der Bürgerinitiativen zu radikalen Aktionen nicht bereit findet, ist bekannt und hat seinen guten Grund. Auf der anderen Seite haben gerade die Auseinandersetzungen um die Planung und den Bau von Kernkraftwerken gezeigt, daß man seinen Widerspruch nicht nur verbal anmeldet, sondern ihm auch sehr deutlich Ausdruck zu verleihen vermag. Go-in, Blockade, Haus- oder Grundstücksbesetzungen sind für zahlreiche Bürgerinitiativen durchaus nichts mehr Fremdes, während sie Sabotageakte seither unmißverständlich abgelehnt haben.

Die „Radikalisierung und Politisierung“ der Bürgerinitiativen wird immer wieder mehr oder weniger unbesehen dem Einfluß linksex-

Dieser Beitrag erscheint parallel in: Rudolf Brun (Hrsg.), Der grüne Protest. Herausforderung durch die Umweltparteien, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt a. M. (fischer alternativ, Bd. 4022).

tremistischer Gruppierungen zugeschoben. Daß solche Einflüsse vorhanden sind, ist unbestritten, sie dürfen jedoch auf keinen Fall aufgebauscht und überbetont werden, so wenig sie verniedlicht werden dürfen. Den meisten Bürgerinitiativen ist nicht verborgen geblieben, daß sie ideologisch und taktisch unterwandert werden sollen, respektive, daß man sich ihrer zu bemächtigen sucht.

Sofern wir es nicht an Ort und Stelle selbst erlebt haben, wurden uns in den Medien beachtlich große Trupps mit roten Fahnen bei Anti-AKW-Demonstrationen gezeigt. Die meisten von uns werden die Bilder der heftigen Konfrontationen auf dem Gelände von geplanten oder in der Nähe von im Bau befindlichen Kernkraftwerken vor Augen haben. Bilder von übermäßiger Gewalt auf beiden Seiten, einer Gewalt, die zumindest teilweise gewünscht und provoziert war, um den „Bullen-Staat“ zu „entlarven“ und den Beweis für die „absolute Repression durch den Atom-Staat“ anzutreten. Weniger beachtet wurde dabei allerdings, daß sich — spätestens seit der „Schlacht um Brokdorf“ — auch die Radikalen auf der anderen Seite zu Wort gemeldet haben.

Der hinlänglich bekannte Rechtsanwalt *Manfred Roeder*, die „*überragende Führergestalt*“ der „*Deutschen Bürgerinitiative*“, hat ebenfalls zum „*Sturm auf Brokdorf*“ aufgerufen und sich dabei bereit erklärt, mit den Linksradikalen gemeinsame Sache zu machen (*Manfred Roeder* wurde am 23. Mai 1975 auf dem „*Reichstag*“ in *Flensburg* auch zum Sprecher der „*Freiheitsbewegung Deutsches Reich*“ gewählt, die bis zur Bildung einer „*freien Deutschen Reichsregierung*“ die vorläufige Vertretung des Deutschen Reiches übernommen habe). Daß *Manfred Roeder* mehr Anhänger hat, als er zum „*Sturm auf Brokdorf*“ aufbieten konnte, läßt sich aus vielem ablesen, was in der Publikation „*Die Bauernschaft*“, dem „*Organ der Bauern und Bürgerinitiative e. V.*“, zu finden ist, für die der „*einzig wirkliche Bauernschriftsteller unserer Tage*“, *Thies Christophersen*, verantwortlich zeichnet. Nach *Thies Christophersen* wird die „*Bauernschaft*“ inzwischen von mehr Freunden und Anhängern, die keine Bauern sind, gelesen als innerhalb des „*Bauerntums*“ selbst.

Gewiß befinden sich *Manfred Roeder* und Gleichgesinnte auf dem äußersten rechten Rand der politischen Szenerie, aber mehr oder weniger unbemerkt siedeln sich in ihrer Nähe

immer mehr Umwelt- bzw. Lebensschützer an, von denen man es zunächst gar nicht vermuten möchte, ja man kann sogar solche dort als geistig und politisch beheimatet antreffen, mit denen man sich in gemeinsamem Bemühen um eine bessere Umwelt verbunden gefühlt hat.

Doch ehe wir auf diesen ernst zu nehmenden Umstand bzw. auf diese Entwicklung näher eingehen, soll noch betont werden, daß die Rechtsradikalen in ihrem Haß auf die parlamentarische Demokratie zu Allianzen bereit sind, die manch einer für absurd hält. Leider gibt es Belege dafür, daß die politischen Außenseiter sich, und sei es auch für noch so kurze Zeit, zusammenschließen können, um die „*herrschenden Cliques hinwegzufegen*“ und die „*morsche Demokratie*“ zum Einsturz zu bringen. Aber auch rechtsorientierte Lebensschützer neigen zur ausgesprochen politisch fatalen Kooperation. Als Beleg dafür zitiere ich aus den „*Lebensschutz-Informationen*“ Nr. 6/1977, dem regelmäßig erscheinenden Mitteilungsblatt des „*Weltbundes zum Schutze des Lebens*“ (WSL):

„*An die Redaktion ‚Arbeiterkampf‘, J. Reents Rutschbahn 35, 2 Hamburg 13*
Hallo, Leute vom ‚Arbeiterkampf‘

Weil ich Vorsitzender im Landesverband WSL geworden bin, habe ich vom Bundesverband einen Vorgang geschickt bekommen, aus dem ich Eure Vorwürfe gegen den WSL als ‚Braune Ratten‘ usw. kennengelernt habe. Hierzu kann ich nur sagen, daß ich mich der Antwort, welche Euch Prof. Haverbeck gegeben hat, im vollen Umfang anschließe. Was darüber hinaus speziell das Verbrechen angeht, welches offensichtlich in Euren Augen eine Anzeige in Christophersens ‚Bauernschaft‘ darstellt, so dazu in aller Kürze dies:

1. *Die in der ‚Bauernschaft‘ vertretenen Ansichten sind teilweise nicht die meinen, besonders nicht das, was ich für antiquiert und unnötig aggressiv halte. Thies Christophersen aber schätze ich als aufrechten Menschen. Nachdem er darauf verzichtet hat, seine Ideologie anderen Initiativen (solchen, in denen ich tätig bin) aufzudrängen, habe ich nichts dagegen, daß seine Bauernschaft in einer Aufstellung biologischer Höfe auch Hof Springe anführt.*

2. *Die vom ‚Arbeiterkampf‘ vertretenen Ansichten sind teilweise nicht die meinen, besonders nicht das, was ich für antiquiert und*

unnötig aggressiv halte. Ich kenne manche Kommunisten, die ich als aufrechte Menschen schätze. Wenn Ihr darauf verzichten würdet, Eure Ideologie anderen Initiativen (solchen, in denen ich tätig bin) aufzudrängen, würde ich nichts dagegen haben, wenn im ‚Arbeiterkampf‘ im Zusammenhang biologischer Höfe auch Hof Springe genannt wird.

3. Ich halte sehr wenig von Aktionen, die sich im ‚anti‘ erschöpfen. Gegenseitige Fascisten- und Kommunistenhetze nützt ausschließlich den Trägern und Nutznießern solcher Verhältnisse, an deren Veränderung wir ein gemeinsames Interesse haben. Ich würde es ausgesprochen gut finden, wenn Ihr weniger Antifascismus, dafür aber mehr pro vita bringen würdet. Für sinnvoller als Pressekampagnen halte ich ein Gespräch, vorausgesetzt, daß es nicht der Abgrenzung dienen soll, sondern dem Versuch, Möglichkeiten der Übereinstimmung und Zusammenarbeit herauszufinden.“

Und Frau Haverbeck-Wetzel, die Frau des derzeitigen Präsidenten des „Weltbundes zum Schutz des Lebens, Bundesverband e. V.“ und Herausgeberin der „Lebensschutz-Informationen“, argumentiert im gleichen Heft so:

... „In der ersten Deutschen Republik gab es zwei Parteien, die sich besonders unerbittlich bekämpften, Kommunisten und Nationalsozialisten. Dies ist ein historisches Faktum. Nachdem die eine der beiden Parteien 1933 durch allgemeine Wahlen an die Regierungsmacht kam, wurde die Situation für die andere Partei katastrophal, sie wurde verboten, ihre Anhänger verschwanden im Ausland, Untergrund oder in Konzentrationslagern. Es muß allerdings angenommen werden, daß dies im umgekehrten Fall, also bei Machtübernahme durch die Kommunisten, für die unterlegene Partei der Nationalsozialisten genau solche Folgen gehabt hätte ...

Heute gibt es als zugelassene Partei nur noch die Kommunisten. Die Reaktionäre unter ihnen pflegen die Feindschaft der Väter wie ein heiliges Erbstück. Sie sind höchst erstaunt, wenn sie sich im Protest gegen die Atomreaktoren und den das Wirtschaftsleben beherrschenden Monopolkapitalismus in gleicher Front mit sogenannten ‚Ehemaligen‘ finden. Dies führt — jedenfalls bei den Konservativen unter ihnen — nicht zu einer längst fälligen kritischen Überprüfung der Vorstellungen ihrer Väter. Es wird weiter gegenseitig verteufelt. Konservative — und das gilt ge-

nauso für ‚konservative‘ Kommunisten — kommen eben selten oder nie auf die Idee, übernommene Urteile und Ansichten kritisch zu prüfen oder sich gar zu fragen, ob nicht Weiterentwicklungen notwendig oder gar vollzogen seien.

Die meisten größeren Bürgerinitiativen sind parteipolitisch neutral, so auch der WSL. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß in einem konsequenten Umwelt- und Lebensschutz biologische und wirtschaftspolitische Fragen im Vordergrund stehen und nicht ausgeklammert werden können, auch dann nicht, wenn sie NS- oder KP-fixiert erscheinen und demzufolge auch die Anhänger der einen oder anderen Richtung sich durch die Bürgerbewegung mit vertreten fühlen.

Wird das jetzt zum Anlaß genommen, sich gegenseitig zu diskriminieren und von Personen zu distanzieren, dann wird nicht mehr Umweltschutz, sondern die Politik der Wachstumsideologen betrieben. Dabei ließe sich aus der gegenwärtigen Situation Entscheidendes lernen. Nämlich, daß es nicht statthaft, weil unwarhaftig ist, bestimmte politische Richtungen oder auch Weltanschauungen mit negativen Auswüchsen, die (sie) alle in ihrer Geschichte aufweisen, zu identifizieren. Das Christentum ist nicht gleich der Inquisition, der Kommunismus nicht gleich sibirischen KZs und stalinistischem Terror, der National-Sozialismus ist nicht gleich Judenverfolgung und -vergasung und die Demokratie nicht gleich dem Völkermord an den Indianern, wie zu Ende des vorigen Jahrhunderts von den US-Amerikanern praktiziert.

Erst wenn wir dies begreifen, haben wir eine Chance, wirklich progressiv Gedanken und Programme für eine menschenwürdige Zukunft entwickeln zu können.

Und Sie wollen gar noch denjenigen, der eine Anzeige aufgibt, identifizieren mit der vermuteten politischen Richtung der Zeitung, in der unter vielen anderen Zeitungen seine Anzeige ebenfalls erscheint? Hätte die Anzeige in Ihrer Zeitung gestanden, dann hätten ihn ‚Rechtsgläubige‘ als Kommunisten eingestuft! Das ist wirklich einem denkenden Menschen nicht gemäß.

Und hier gelangen wir an einen Punkt, wo für mich jedenfalls eine Grenze erreicht ist. Dort wo ein Mensch behauptet, die absolute Wahrheit, die richtige Weltanschauung zu besitzen, dort macht er sich selbst unglaubwürdig.

Wenn wir nicht bereit sind, überkommene Schemata, sei es auf der rechten oder auf der linken Seite, aber auch im sogenannten Liberalismus, kritisch zu überprüfen und zu versuchen, zu einer auf selbständigem Denken und nicht auf übernommenen Urteilen basierenden Erkenntnis zu gelangen, dann werden sich auch in Zukunft positive Neuerungsansätze in Richtungskämpfen zersplittern und als kleinkariert von der Geschichte überrollt werden."

Einerseits könnte man sagen, solche Darlegungen seien doch der beste Beweis für die politische Harmlosigkeit ihrer Verfasser. Gewiß soll nichts unnötig dramatisiert werden, und ein kritischer Zeitgenosse wird darüber nur verwundert, belustigt oder verärgert den Kopf schütteln. Zu fragen ist jedoch, ob derartiges nur von kritischen Zeitgenossen gelesen wird oder nicht auch von vielen weltanschaulich weniger versierten, politisch beeinflussbaren und verführbaren Zeitgenossen. Unter den traditionellen „Lebensschützern“ überwiegt eindeutig der Anteil von Bürgern mittleren Alters, der sozialen Mittelschicht zugehörig, die für ökologische Fragen und umweltfreundliche Konzeptionen sehr aufgeschlossen sind, etwas schwierigeren politischen Problemen jedoch ausgesprochen hilflos gegenüberstehen. Die werden nun als regelmäßige Bezieher der „Lebensschutz-Informationen“ des WSL immer wieder einer Lektüre von Gedankengut ausgesetzt, für das in zahlreichen Fällen die Bezeichnung als reaktionär noch zu zurückhaltend ist. Es lassen sich — leider — eine Reihe von unzweifelhaften Passagen anführen. Die verschiedenen Belegstellen dafür müssen zwar aus Platzgründen einer späteren umfassenderen Veröffentlichung vorbehalten bleiben, doch schon eine etwas genauere inhaltliche Analyse der beiden eben zitierten Texte würde das bestätigen. Selbst eine relativ oberflächliche Durchsicht der „Lebensschutz-Informationen“ führt uns eine erschreckende Mentalität vor Augen.

Zum Beweis für diese Behauptung zitieren wir noch aus einer Rede, die Frau Ursula Haverbeck-Wetzel bei einer Umweltkonferenz im Rahmen der Stiftung OMNIA MUNDI am 20. Mai 1977 in Moltrasio, Italien, gehalten hat:

... „Fortschritt und Zivilisation sind nach dieser Anschauung mit ‚Mehr-haben-wollen‘ identisch, das immer Ausbeutung der Natur bedeutet. Aus solchen, die Weltwirtschaft be-

herrschenden, Vorstellungen waren das Autarkiestreben der Nationalsozialisten, ihre Geldordnung, ihre Spar- und Wiederverwertungsappelle sowie der ‚Mutterkult‘ und die Förderung des Bauerntums viel schwerwiegenere Sünden als die Judenverfolgung, womit nicht gesagt ist, daß dies nicht zu verdammen sei, die ja nur Fortsetzung einer jahrhundertealten europäischen Tradition war, und zudem Völkermord — wie z. B. an den Indianern — eine von den Vertretern aller europäischen Nationen in den USA sogar im Zeichen der Demokratie sanktionierte Maßnahme war, wenn es galt, den eigenen Lebensraum und Besitz zu vergrößern. Diese gefährlichen Wirtschaftstendenzen, die bei einem Teil der frühen National-Sozialisten vorhanden waren, ließen sich am besten von der Wurzel her ausrotten, wenn der ganze National-Sozialismus, wie nach 1945 geschehen, mit Judenmord gleichgesetzt wurde, was ihn indiskutabel machte und damit zugleich Vokabeln und Verhaltensweisen wie Sparen, Disziplin, Bauerntum, ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ — übrigens alte preußische Tugenden — als anrüchig verschwinden ließ und so ausmerzte. Dieses heute auszusprechen ist schon ein Delikt. Dennoch können wir nicht umhin, hier kritisch nachzufragen. Scheint doch hier die Ursache und Begründung gegeben zu sein, warum es äußerst schwierig ist, vor allem den ‚umerzogenen‘ 20- bis 45jährigen Bundesbürgern das notwendige Umdenken verständlich zu machen. Wie sonst wäre zu erklären, daß immer wieder auf den begründeten Hinweis: ohne Zurücknahme, ohne Sparsamkeit und Disziplinierung könnte der Mensch die Zukunft nicht gewinnen, als Reaktion der empörte Zwischenruf (zu hören) ist: ‚das ist faschistoid!‘. Hier haben wir das Ergebnis einer äußerst geschickten und gelungenen Manipulation, deswegen so geschickt, weil die derart Manipulierten noch meinen, daß gerade diese Haltung systemkritisch sei. Dennoch sollte man meinen, daß heute, wo Umweltschäden, Vergiftungen und Zivilisationskrankheiten allen sichtbar werden, auch die Technokraten und Politiker zur Erkenntnis gelangen müßten, daß der Mensch eben nicht von Industrieanlagen und Geld, sondern von Luft, Wasser und Brot lebt. Sie wissen dies unterschwellig auch, geben die Gefährdung unseres Lebensraumes zu, aber machen dennoch im alten Stil weiter. Der Umweltschützer steht oft fassungslos vor — wie er meint — so viel Dummheit oder Bosheit.“ ...

Die hier zutage tretende historische Ignoranz — gekoppelt mit politischer Naivität und Intoleranz — ist bemerkenswert und alarmierend zugleich.

Freilich ist das nur ein schwacher Abglanz der hochtrabenden und schwülstigen Sprache des „genialen Gründers“ des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“, Prof. Günther Schwab. Neben seinem Buch „Tanz mit dem Teufel“, das beachtliche Auflagen hatte, ist die Reihe „glücklicher leben“, herausgegeben vom „Verein für Lebenskunde“, Salzburg, als „Leseprobe“ dafür zu nennen. Die nicht gerade wenigen literarischen Produkte sind zwar für Leser mit einigermaßen normalem sprachlichem Empfinden und politischem Denken eine Zumutung und Strapaze, aber auch sehr aufschlußreich. Offensichtlich bemühen sich fast alle anderen Autoren der Schriftenreihe „glücklicher leben“ eifrig, mit Günther Schwab sprachlich und gedanklich mindestens gleichzuziehen, wenn nicht gar den „genialen Gründer“ noch zu übertreffen (siehe z. B. Heft 23 „Das verlorene Maß“, Verfasser: der derzeitige Präsident des WSL, Bundesverband Deutschland e. V., Prof. Dr. Gg. W. Ha-verbeck).

Die eigene Haltung kennzeichnet man mit gesunden Widerstand, Aufstand der Seele, Helden, Führer, charakterlich Höchstwertige, Elite u. ä. Man lebt echt und sauber, ist von Kampf- und Pioniergeist erfüllt, tritt für Ordnung ein, für edles Menschentum, gesundes Bauern- und Volkstum und wird somit zu einem Stern der Hoffnung. Auf der anderen Seite steht ein indifferentes Publikum, eine Masse, ein biologisches Proletariat, das von einer Diktatur des Profit- und Konsumgeistes, von geistig-seelischen, stumpf-trägen Reaktionären und weltweiten Kapitalmächten sowie von Handlangern der Industrie beherrscht wird. Dieses Volk, die Masse, besteht aus Minderwertigen, die innerlich ausgehöhlt sind, deren Lebenssinn entleert ist, deren Seele entfremdet von der Natur und vergiftet ist und die Opfer psychischer Verschmutzung sind. Sie leben in Termitenbauten und sind reine Befehlsempfänger, sie verfaulen, deshalb muß aufgerufen werden wider den Ungeist, wider die Mächte der Unordnung, diese müssen ausgemerzt, ja ausgerottet werden. Man scheut sich nicht, davon zu sprechen, daß das Publikum, das Volk, die Masse, die sich Konsum- und Arbeitsexzessen hingibt, Opfer von Rattenfängern geworden ist, daß hier die Drachensaat des Materialismus aufgeht, Erscheinungsformen einer Afterkultur uns entgegen-

treten, hervorgerufen von Gangstern und Unmenschen, obwohl — wie ausdrücklich festgestellt wird — nicht alle Repräsentanten der reaktionären Wirtschaft Unmenschen und Gangster sind.

Es ist deshalb notwendig, Einkehr zu halten, umzudenken, umzukehren bzw. umzupolen und damit heimzukehren zum Heil, eine gesunde Gesellschaft zu schaffen bzw. deren Gesundung herbeizuführen, in der alle vorher genannten Ubel geheilt werden, und zwar endgültig, in der man nach psychischer Genesung in lebensgesetzlicher Ganzheit und Harmonie existiert.

Eine weitere geradezu klassische Fundgrube für Denken und Formulieren in Wir-und-die-anderen-Kategorien, in vereinfachenden und vereinfachten Polaritäten, ist das Buch von Dr. W. Dürsch „Der naturgerechte Weg“. Das Gegensatzpaar „naturgerecht — naturwidrig“ ist ein Paradebeispiel für gedankliche und sprachliche Verstiëgenheiten, allerdings artikuliert sich darin etwas, was nicht nur Gegenstand linguistischer Untersuchungen sein dürfte.

W. Dürsch fühlt sich mit anderen Umwelt- bzw. Lebensschützern den „konstruktiven Kräften“ zugehörig. Er stellt in seiner Person und mit seinem geistigen Produkt Querverbindungen her zu dem WSL einerseits und der „Vereinigung Verlässungstreuer Kräfte (VVK)“ andererseits. Der „Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft aller Konstruktiven Kräfte“ erschien als Doppelnummer 1/2 1978 unter der Überschrift „Einigkeit für Recht und Freiheit“ mit dem nicht gerade bescheidenen Untertitel „Stimme der Vernunft und Verantwortung“. Die paar Sätze auf der Titelseite mögen zur „Einstimmung“ genügen:

„Politik für morgen! Weltweite Problemstellungen erfordern heute eine ‚Neue Politik‘. Der Kapitalismus alten Stils zerstört zunehmend die Erde, den so einmalig schönen Planeten, die ‚blaue Perle im schwarzen All‘, auf der wir leben; der Kommunismus führt zur totalen Sklaverei, ohne in den entscheidenden Fragen vom Schema kapitalistischer Fehlentwicklungen abweichen zu können. Im Osten und im Westen Deutschlands wird die deutsche Jugend zum nationalen Selbstmord vorbereitet; kein deutscher Teilstaat würde einen III. Weltkrieg überleben — die französische Pluton, die amerikanische Neutronenbombe, die Atomkraftwerke auf deutschem Boden und die ‚deutschen‘ Politiker auf beiden Seiten, die Bürgerkriegsdemagogen im Dienste

der Supermächte, würden dafür sorgen. Die tödliche Konfrontation, erwachsen aus den widernatürlichen Nachkriegsgrenzen, führt uns immer näher an diesen letzten Krieg der Menschheitsgeschichte heran, wenn nicht, wie schon vor Jahrzehnten gefordert, eine ‚Dritte Macht‘ diesem Wahnsinn ein Ende setzt.

Aus dieser Erkenntnis und daraus folgerndem Verantwortungsgefühl für unser Volk, Europa und die Welt sind wir angetreten.“

In dieser „Einigkeit...“ ist ein Gedicht von Renate Schütts, der Haus-Lyrikerin der „Bauernschaft“, abgedruckt. In den „Lebensschutz-Nachrichten“ wird für den Bezug von „UN“ gleich „Unabhängige Nachrichten“, den Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt „unabhängiger Freundeskreise“, einer klar rechtsradikalen Gruppierung, geworben. (So z. B. vor allem für „UN“ 12/77 mit „Lebensschutz- und Nationalpolitik“ von D. Vollmer.) Zu dem Stichwort Querverbindungen wäre noch allerlei zu sagen, doch das müssen wir, wie bereits erwähnt, einer umfassenderen Publikation vorbehalten.

Nicht immer lassen sich Querverbindungen so einfach nachweisen. Daneben sind Ähnlichkeiten und Parallelen zu konstatieren, die mehr unter „geistige und politische Wahlverwandtschaften“ zu subsumieren sind. Hier soll nur die „Biologische Zukunft“, die „Zeitschrift für Biopolitik und Eugenik“, Herausgeber: „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft, Sektion Biopolitik“, stellvertretend für andere genannt werden.

Dem bisher Gesagten wird man wahrscheinlich entgegenhalten, um einige wenige geistig und politisch Versprengte, um diese Ewig-Gestrigen solle man nicht so viel Aufhebens machen, ja, sie bekämen dadurch nur eine unangemessene, ihnen sonst verwehrte, jedoch von ihnen sehr erhoffte Publizität. Aber so wenig wir bestimmte Vorkommnisse und Tendenzen auf der politischen und speziell umweltpolitischen Szene überschätzen und überbewerten sollen, so wenig dürfen wir sie unterschätzen und unterbewerten, zumal wir oft oder stets in der Gefahr stehen, auf dem „rechten Auge blind“ zu sein oder wenigstens einiges gerne zu übersehen oder einfach zu negieren.

Ohne Zweifel gibt der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) im Blick auf „Rechtsausleger“ und reaktionäre Umwelt- und Lebensschützer politisch eine gute Figur ab. Die große Mehrzahl der lokalen und re-

gionalen Umweltschutzgruppierungen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände fiel bisher ebenfalls nicht reaktionärem oder schließlich sogar faschistischem Gedankengut zum Opfer, doch es gilt, den Anfängen zu wehren, und die sind unbestreitbar vorhanden. „Blut und Boden“ und „Artverwandtes“ feiern Comeback und in ihrem Gefolge Nationalismen und Rassismen. Man gibt sich gerne progressiv und bedient sich der antikapitalistischen und antiimperialistischen Klaviatur, aber das Ganze ist nur dem Scheine nach auf Sozialismus gestimmt, es klingt mehr nach National-Sozialismus, wie gehabt.

Es ist schwer zu übersehen, wie viele „Stille im Lande“ tatsächlich dem rechten bis rechtsradikalen Flügel unter den Umwelt- und Lebensschützern zuzurechnen sind. Dafür, daß es keine unbedenklich kleine Zahl ist, spricht einiges. Vor allem die Anzahl der Abonnenten regelmäßig erscheinender Informationsdienste und der Käufer entsprechender Einzelpublikationen könnte darüber genaueren Aufschluß geben; der „multiplikatorische Effekt“ dieser Schriften kommt dann noch hinzu. Außerdem ist der Einfluß von Umwelt- und Lebensschützern mit solchem geistigen und politischen Hintergrund, die in vielen örtlichen und überörtlichen Umweltschutzinitiativen und -gruppierungen mit geradezu missionarischem Eifer mitarbeiten, nicht zu gering zu veranschlagen.

Stärker als viele Einzelpublikationen zu Fragen der Umweltgefährdung und des Umweltschutzes hat die „Botschaft von den Grenzen des Wachstums“ die Menschen aufgerüttelt und sie zu konkretem Umweltengagement motiviert, vor allem aber dazu, sich der Ökologie-Bewegung anzuschließen. Demokratische Sozialisten haben schon im frühen Stadium der Umweltdiskussion versucht, über negative Einzelphänomene und Einzelprobleme hinausgehende politische Analysen der Umweltmisere und politische Konzeptionen oder mindestens Ansätze zu ihrer Überwindung einzubringen. Leider war ihnen wesentlich weniger Erfolg beschieden als den Domsday-Prophetien, d. h. den Voraussagen des Jüngsten (Umwelt-)Gerichtes. Die Wirkung dieser Art von Umweltliteratur war oft Ratlosigkeit bis hin zur Resignation auf der einen oder Aktivismus bis hin zur Hektik auf der anderen Seite.

Die aktivierten Bürger gerieten in nicht wenigen Fällen entweder in das Schlepptau linksradikaler Gruppen oder in den Sog rechtsradi-

kaler Kreise, denen im — zum Teil fanatischen — Haß auf die parlamentarische Demokratie fast jedes Mittel zur „Demaskierung“ und Provokation von Staat und Gesellschaft recht ist. Aber auch die Abstufungen zwischen den politischen Außenseitern sind noch fragwürdig genug. Gerade auf diese gefährdeten Gefährdeten, in deren Reihen wir so manchen finden, mit dem man gerne auch weiterhin zusammenarbeiten möchte, muß sich unser besonderes Augenmerk richten. Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinitiativen und Umwelt-, Lebens- und Naturschutzverbände will ihren Weg innerhalb unserer staatlichen und sozialen Ordnung weiterhin gehen, was ihnen freilich nicht selten durch mangelnde Partizipation, durch die zunehmende Undurchschaubarkeit politischer Entscheidungen und durch eine Übermacht wirtschaftlicher Interessen ungemein schwergemacht wird und speziell durch eine allzu häufige „Unangemessenheit“ staatlicher Mittel; denn jeglicher Anflug von polizeistaatlicher, repressiver Gewalt nützt nur den Radikalen.

Unbehagen und Verdrossenheit über die „Etablierten“ haben nun die „Ökologie-Bewegung“ gespalten in die, die Umwelt-

bewußtsein in die vorhandenen Parteien tragen und dort bestimmte Umweltzielsetzungen durchsetzen wollen, und die, die als eigene Partei oder Wählergemeinschaft vorrangig Umweltverantwortung in Alltagspolitik umsetzen wollen. Die „Grünen“ untereinander oder die „Grünen“ und „Bunten“ gegeneinander spiegeln politische Grundströmungen der „Ökologie-Bewegung“ wider und haben teil an der besonderen ideologischen Anfechtung der „Ökologen“.

Im Unterschied zur allgemein üblichen Beschreibung der Gefahr der „Unterwanderung von links“ habe ich mich auf eine Skizzierung der „Unterwanderung von halbrechts bis ganz rechts“ konzentriert und nehme dabei den Vorwurf der Einseitigkeit in Kauf. Keinen Platz hat — verständlicherweise — innerhalb der „Ökologie-Bewegung“ der Laissez-faire-Liberalismus der „Strukturkonservativen“, allmählich mehr Raum und Anerkennung verschafft sich — erfreulicherweise — die verpflichtete Liberalität der „Wertkonservativen“. Das ist ihre Chance angesichts der Bedrohung durch die extremen Flügel samt Mitläuferschaft, eine allerdings mühevoll und nicht publizitätsträchtige Chance.

Verbraucherpolitik – trojanisches Pferd zur Systemveränderung?

Stellungnahme zum Beitrag von Anke Martiny in B 24/78

1. Seit Ausgang der 60er Jahre hat die Wirtschaftspolitik versucht, ökonomische Prozesse und Entscheidungen transparenter zu gestalten und Maßnahmen an objektiven Zielen auszurichten, um damit eine Form von rationaler Wirtschaftspolitik zu finden, die den Ansprüchen aller sozialen Gruppen und Institutionen näherkommt. Die Einführung des sogenannten Stabilitätsgesetzes und die Gründung der Konzertierte Aktion waren sichtbare Anzeichen dieser Wirtschaftspolitik. Bis heute kann die Frage, ob diese Wirtschaftspolitik ihre Aufgabe erfüllt hat, nicht beantwortet werden. Parallel zu den wirtschaftspolitischen Bemühungen, Probleme zu verringern bzw. ihr Entstehen zu verhindern, nahmen die wirtschaftlichen, aber auch die sozialen Schwierigkeiten ständig zu. Dieser weltweiten Entwicklung konnte sich die Bundesrepublik nicht entziehen. Probleme wie Inflation, Stagnation, Arbeitslosigkeit, Verteilungskonflikte, Rohstoffpreisexplosion, Nord-Süd-Gefälle, Währungsunruhen scheinen sich zum Teil zu verschärfen. Im Laufe dieser Entwicklung ist deutlich geworden, daß eine ganze Reihe von Politikern und Wissenschaftlern einen Ausweg aus dem wachsenden Problemdruck nicht mehr im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung, sondern nur noch durch eine systemverändernde Wirtschaftspolitik zu finden glaubt. Beispiele für diese Absichten sind Verstaatlichungsforderungen (Banken, Mineralölindustrie) und die Forderung nach Investitionslenkung. In jüngster Zeit wird verstärkt die Verbraucherpolitik als Teilbereich der Wirtschaftspolitik als möglicher Hebel zur Systemveränderung eingesetzt.

2. Alle wichtigen sozialen Gruppen haben die Verbraucherpolitik inzwischen überprüft und ihr Konzept in die gesamte Wirtschaftspolitik eingeordnet. Dabei haben sich drei verschiedene Standpunkte herauskristallisiert:

a) Grundsätzlich ist der Verbraucher der stärkere Partner am Markt. Seine Kaufentscheidungen steuern das Angebot. Allerdings wird nicht verkannt, daß die Vielfalt des Angebots

und der technische Standard vieler Produkte den Verbraucher überfordern. Seine Möglichkeiten, das Angebot durch bewußte und freie individuelle Wahlentscheidung zu steuern, müssen daher verbessert werden. Dies kann geschehen durch Produktinformationen, Normung von Verpackung, vergleichende Tests und regionale Produktpreisvergleiche, die unter Zuhilfenahme der Massenmedien den Verbrauchern helfen, ihr Informationsbedürfnis zu befriedigen und ihre Kaufentscheidung zu erleichtern.

b) Der Vorrang oder zumindest die Gleichrangigkeit der Position der Verbraucher gegenüber den Anbietern wird bestritten. Machtposition und Manipulation der Anbieter schränken die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher ein. Das fehlende Gleichgewicht zwischen Anbieter und Verbraucher soll etwa durch eine Verschärfung des Wettbewerbs, einheitliche Güterkennzeichnung, Beschränkung der Werbung, Verbesserung der rechtlichen Stellung des Verbrauchers, verschärfte allgemeine staatliche Aufsicht u. ä. m. angestrebt werden. Mit diesen Maßnahmen verstärkt zwar der Staat die Reglementierung, eine abrupte und grundlegende Änderung der Wirtschaftsordnung ist jedoch nicht beabsichtigt.

c) In der marktwirtschaftlichen Ordnung ist der Verbraucher dem Anbieter grundsätzlich unterlegen. Diese Benachteiligung ist eine systemimmanente Erscheinung der Marktwirtschaft. Eine grundlegende Änderung der Wirtschaftsordnung ist unumgänglich, um die Stellung des Verbrauchers zu verbessern. Auf die Ausgestaltung der angestrebten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im einzelnen wird im folgenden noch eingegangen.

Eine differenzierte Darstellung insbesondere der beiden ersten Ansätze findet sich im Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾.

¹⁾ Vgl. Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Kap. IX, S. 403 ff.

3. Das Spektrum der einzelnen Ansätze reicht somit von der völligen Systemkonformität bis zur strikten Ablehnung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Systemverändernde bzw. systemkritische Verbraucherpolitik begreift sich nicht als Bündelung punktueller Interventionen, sondern als umfassende Neukonzeption unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dabei verbleibt dieser Ansatz nicht in der Sphäre eines Denkmodells, sondern fließt bereits in die Überlegungen politischer Entscheidungsträger ein. Die Ausführungen von Anke Martiny²⁾ können — wie sich noch zeigen wird — als Beispiel dafür dienen. Damit erhält die systemkritische Verbraucherpolitik eine aktuelle politische Dimension, die über eine rein akademische Diskussion weit hinausreicht und eine grundsätzliche Auseinandersetzung erfordert.

4. Ausgangspunkt der systemkritischen Verbraucherforschung und -politik ist die Prämisse, die etablierte Wirtschaftswissenschaft sei eindeutig anbieterorientiert. Aus diesem Grunde sei ein großes Theoriedefizit in der Verbraucherforschung entstanden³⁾. Die Priorität der Angebotsseite in den Wirtschaftswissenschaften habe auch in der Wirtschaftspolitik Folgen gezeigt. Wirtschaftspolitik zielt nach dieser Auffassung seit Keynes nur darauf ab, die gesamtwirtschaftliche Verbrauchernachfrage so zu steuern, daß sie das vorhandene Produktionspotential der Angebotsseite auslastet. Eine als notwendig erachtete selektive Steuerung innerhalb der Verbrauchernachfrage liegt außerhalb der wirtschaftspolitischen Absichten. Die Frage, ab wann und wie die Wirtschaftswissenschaften anbieterorientierte Prioritäten setzten, beantwortet B. Biervert sehr eindeutig: „Es war die subjektive Wertlehre, die die Arbeitswertlehre verdrängte und die die aus dieser entwickelbaren sozialkritischen Forderungen unterdrücken half. Die Realisierung dieser Forderungen hätte nach einer Gestaltung der Produktionsverhältnisse verlangt, die eine grundsätzlich anders geartete Verbraucherpolitik als die heutige zur Folge gehabt oder diese gänzlich überflüssig gemacht hätte.“⁴⁾

²⁾ Vgl. Anke Martiny, Privater Konsum als öffentliche Aufgabe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/78, S. 15 ff.

³⁾ Ebd., S. 16.

⁴⁾ Bernd Biervert in: Verbraucherforschung, Reihe Forschung aktuell, Herausgeber Hans Matthöfer, S. 24.

An dieser Stelle kann keine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Richtigkeit der Arbeitswertlehre geführt werden. Zwei Aspekte sind jedoch notwendigerweise zu erwähnen. Die Arbeitswertlehre, die Karl Marx von den Klassikern Adam Smith und David Ricardo übernahm und weiterentwickelte, führt zu einer grundsätzlich anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (u. a. Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln). Zum anderen werden die grundlegenden Erkenntnisse der Arbeitswertlehre in der Wirtschaftswissenschaft durchaus stichhaltig bestritten. Die von B. Biervert, aber auch indirekt von Anke Martiny⁵⁾ aufgestellte Forderung, zur Arbeitswertlehre zurückzukehren, verkennt, daß Güter und Dienstleistungen ihren Wert vor allen Dingen durch die individuelle Wertschätzung des Verbrauchers erfahren. Gerade dies aber ist Inhalt der subjektiven Wertlehre und gerade damit wird deutlich, daß der subjektive Wertmaßstab notwendige Voraussetzung für den persönlichen Entscheidungsspielraum in der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist.

5. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß der Vorwurf der anbieterorientierten Wirtschaftswissenschaften und -politik nicht grundsätzlich falsch ist. Seit jeher beschränkt die Angebotsseite mit ihren knappen Produktionsfaktoren die Möglichkeit, alle Bedürfnisse zu befriedigen. Eine Kritik an der Wissenschaft, die der Notwendigkeit folgt, das Angebot zu optimieren, um auf diese Weise einer möglichst hohen allgemeinen Bedürfnisbefriedigung gerecht zu werden, ist sehr praxisfern. Angesichts des Nord-Süd-Konflikts, in dem die Spannung zwischen Befriedigung von Bedürfnissen und Knappheit von Produktionsmitteln besonders scharf hervortritt, muß die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik vor allen Dingen darin bestehen, weltweit die Effizienz der Produktionsmöglichkeiten zu verbessern. Verbraucherpolitik kann hier auf mittlere Sicht nur sehr peripher mitwirken, entscheidende Impulse vermag sie nicht zu setzen.

6. Die Einführung und Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Systems hat nach Ansicht der systemkritischen Verbraucherpolitik die Stellung des Verbrauchers ständig weiter geschwächt. Ursache dieser Entwicklung ist, so wird behauptet, daß die Marktwirtschaft

⁵⁾ Vgl. Anke Martiny, a. a. O., S. 16.

aus sich selbst heraus zu einer Aufhebung des Wettbewerbs tendiere. Dies werde deutlich in einer fortschreitenden Konzentration auf der Angebotsseite und führe somit zwangsläufig zu immer weniger Wettbewerb. Sicherlich ist eine Tendenz zur Verringerung der Anbieterzahl in einigen Sektoren unserer Wirtschaft unverkennbar. Aber reicht dieser Sachverhalt aus, um den „stichhaltigen“ Beweis zu führen, daß eine system-immanente Tendenz zur Aufhebung des Wettbewerbs und zur Monopolisierung besteht, wie B. Biervert⁶⁾ und Anke Martiny⁷⁾ es annehmen? Der erforderliche Nachweis läßt sich nicht erbringen. Die naive Auffassung, der Wettbewerb hänge von der Zahl der Anbieter ab, findet weder in der Theorie noch in empirischen Untersuchungen ihre Bestätigung. In zahlreichen empirischen Analysen wird nachgewiesen, daß der Wettbewerb bei zunehmender Konzentration durchaus nicht an Intensität zu verlieren braucht, sondern sogar zunehmen kann⁸⁾.

Dann bleibt die Schlußfolgerung, die Anke Martiny zieht, wonach sich aus „der zunehmenden Vermachtung unserer Wirtschaft und dem nur begrenzt funktionierenden Wettbewerb“⁹⁾ eine Benachteiligung des Verbrauchers ergibt, wie viele andere Thesen auch nur eine Behauptung, die dem Laien sicher verständlich und einleuchtend erscheint, gleichwohl aber falsch ist.

7. Für die systemkritische Verbraucherpolitik sind die Arbeitswertlehre sowie die Thesen von der Anbietermacht und der Selbstaufhebung des Wettbewerbs in der marktwirtschaftlichen Ordnung Prämissen, auf die sie ihr Konzept einer neuen Verbraucherpolitik aufbaut. Da diese Prämissen grundsätzlich nicht zutreffen, könnte sich eine weitere Auseinandersetzung bereits an dieser Stelle erübrigen. Trotzdem sind die Schlußfolgerungen, die von der systemkritischen Verbraucherpolitik gezogen werden, interessant genug, um näher untersucht zu werden.

⁶⁾ Vgl. B. Biervert, a. a. O., S. 28.

⁷⁾ Vgl. Anke Martiny, a. a. O., S. 22.

⁸⁾ Vgl. Thomas Vajna, Konzentration und Preisentwicklung. Eine Untersuchung für die deutsche Industrie, DIV-Verlag, Köln 1977; Hartmut Berg, Steigender Konzentrationsgrad, sinkende Wettbewerbsintensität, Manuskript des Vortrags vom 4. 2. 1977, FIW-Forschungsinstitut, Köln; Herbert Giersch, Aufgaben der Strukturpolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1964, S. 61 ff.

⁹⁾ Anke Martiny, a. a. O., S. 22.

In den Ausführungen von Anke Martiny beinhalten sich eine Fülle von Forderungen. Sie reichen von der qualitativen Prüfung der Werbung über öffentliche Boykottaufrufe (verfassungsrechtlich außerordentlich bedenklich) bis zur Einrichtung einer umfangreichen Verbraucherbehörde. All diesen Forderungen ist gemeinsam, daß der Verbraucher aus seiner Eigenverantwortung herausgelöst wird, um seine Verhaltensweisen den Direktiven übergeordneter Institutionen anzupassen. Daß ein Verbraucher z. B. auch ohne öffentliche Boykottaufrufe die Produkte eines bestimmten Herstellers schon bisher nicht zu kaufen brauchte und bei der angestrebten und von den Herstellern befürworteten Produktinformation noch besser in der Lage sein wird, Käufe zu tätigen oder zurückzustellen, wird tunlichst nicht erwähnt. Werden die geschilderten Maßnahmen den Prämissen und der daraus geforderten Schlußfolgerung nach einer völligen Neuorientierung der Verbraucherpolitik gerecht? Offenbar nicht, denn die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird zwar spürbar eingengt, nicht aber grundlegend geändert. Es bleibt also die Frage: Wohin zielen die Maßnahmen letztlich und wie sieht das Konzept einer neuen Verbraucherpolitik aus?

8. Im Aufsatz von Anke Martiny gibt es einige, wenn auch vage Formulierungen, die aber andeuten, welches die Grundsätze einer neuen Verbraucherpolitik sein könnten. So sollen „vermögenspolitische Reformschritte ... die Wirtschaftsordnung allmählich umgestalten, um eine wirksame demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Verfügungsgewalt zu erreichen“¹⁰⁾. Politische Entscheidungen sind zu treffen, damit Verbraucher unterscheiden können, inwieweit sie ihr „Geld sinnvoll oder sinnlos“¹¹⁾ ausgeben. Außerdem sollen politische Prioritäten für „sinnvollen Konsum oder sinnvoll verbrachte Freizeit“¹²⁾ gesetzt werden. Es fällt schwer, die alternative Verbraucherpolitik herauszukristallisieren. Es stellt sich aber auch die Frage, weshalb Anke Martiny ihren Ansatz nicht konsequent zu Ende führt, sondern in allgemeiner Unverbindlichkeit verbleibt. Bei aller Zurückhaltung kann eines jedoch als gesichert gelten: Eine Verbraucherpolitik, die sinnvollen Konsum durchsetzen und sinnlosen Konsum verhindern will, setzt der Eigenverantwortlichkeit der Verbraucher ein Ende.

¹⁰⁾ Anke Martiny, a. a. O., S. 23.

¹¹⁾ Anke Martiny, a. a. O., S. 18.

¹²⁾ Anke Martiny, a. a. O., S. 27.

Eine detaillierte Beschreibung des Konzepts einer neuen Verbraucherpolitik findet sich in einigen Aufsätzen der Reihe „Forschung aktuell“¹³⁾. Danach soll eine neu zu gestaltende Verbraucherpolitik von „präzisen Vorstellungen über sozial erwünschte Konsummuster ausgehen“¹⁴⁾. Diese Konsummuster sind nach „verschiedenen Verbrauchertypen und Verbrauchersituationen“¹⁵⁾ zu differenzieren. Ist eine derartige typen- und situationsspezifische Matrix entwickelt, dann sind Informationen einzuspeisen, „die das Verhalten von Verbrauchern (diesen unbewußt oder von ihnen nicht erkannt) auf sozial erwünschte Konsummuster hinlenken“¹⁶⁾.

Die offenkundige Manipulation des Verbrauchers wird dabei nicht bestritten, sondern sogar als notwendig erachtet. Im Gegensatz zur bestehenden Wirtschaftsordnung garantiere die Manipulation im hier angestrebten Konzept ein sozial wünschenswertes Verbraucherverhalten. Daher könne gefolgert werden, daß „systematische Untersuchungen vorangetrieben werden müßten, mit welchen informationspolitischen Aktivitäten (z. B. Techniken der ablenkenden Kommunikation, der Emotionalisierung usw.) bei Verbrauchern eine von diesen nicht bewußt (willentlich) kontrollierte bzw. zwar bewußt erlebte, aber nicht durchschaute, sozial wünschenswerte Änderung ihres Konsumverhaltens erzielt und wie solche Aktivitäten gerechtfertigt werden könnten“¹⁷⁾.

9. Die in den Ausführungen von Anke Martiny vorhandenen Ansätze einer künftigen Neuorientierung der Verbraucherpolitik verdichten sich bei Biervert, Fischer-Winkelmann zu einem perfekten System der Entmündigung und Manipulation der Verbraucher. Die dazu benötigten Instrumente werden offenbar sehr gern von der bekämpften Anbieterwerbung übernommen. Der Zweck heiligt die Mittel. Immerhin verkennen Biervert, Fischer-Winkelmann jedoch nicht, daß noch nach Möglichkeiten zu suchen ist, um eine derartige Politik zu rechtfertigen.

Die grundsätzliche Frage nach der Legitimation einer derartigen Verbraucherpolitik

¹³⁾ Verbraucherforschung, Reihe Forschung aktuell, Herausgeber Hans Matthöfer.

¹⁴⁾ Bernd Biervert, Wolf F. Fischer-Winkelmann, Verbraucherforschung, a. a. O., S. 142.

¹⁵⁾ Ebd., S. 142.

¹⁶⁾ Ebd., S. 142/143.

¹⁷⁾ Ebd., S. 142.

bleibt daher auch unbeantwortet, obwohl sie in einer demokratischen Verfassung das entscheidende Kriterium sein sollte. Die vagen Formulierungen, die Verbraucherpolitik müsse dieses oder jenes tun, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine solche Politik nur von Institutionen durchgesetzt werden kann, die vollzugsverbindliche Anweisungen erteilen, deren Einhaltung überwachen und gegebenenfalls Abweichen sanktionieren (Amt für Verbraucherpolitik?). Eine politische Legitimation einer derartigen Institution durch Majoritätsentscheidungen bei Wahlen scheidet aus, da die manipulierten Verbraucher ex definitione nicht in der Lage sind, Entscheidungen für eine Veränderung ihres Verbraucherverhaltens selbst herbeizuführen. Zur Durchsetzung einer solchen Verbraucherpolitik müßten sich die Institutionen also aufgrund ihrer „höheren Einsicht“ selbst legitimieren. Endpunkt dieser Konzeption ist somit, daß sich eine „besser informierte Gruppe“ gegen alle demokratischen Regeln selbst zur Instanz formiert, die darüber entscheidet, welcher Konsum für den einzelnen sozial wünschenswert und welcher schädlich ist. Da Konsum nicht als bloße materielle Bedürfnisbefriedigung gemeint ist, sondern als umfassende Befriedigung aller Bedürfnisse, entlarvt sich der Anspruch nach einer Neuorientierung der Verbraucherpolitik somit als ein System der totalen Bevormundung, Beherrschung und Manipulation des Individuums.

10. Interessant ist auch die Überprüfung der Arbeitsmethode, mit der die systemkritische Verbraucherpolitik ihre Ergebnisse erzielt. Die gegenwärtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Situation wird analysiert. Diese Analyse geht davon aus, daß Produktion und Verteilung des Produktionsergebnisses fehlgeleitet sind (Arbeitswertlehre!), und daß in unserer Wirtschaftsordnung eine Tendenz zur Selbstaufhebung des Wettbewerbs besteht. Wohl gemerkt, dies sind nicht Ergebnisse der Analyse, sondern Ausgangspunkte derselben. Das gewünschte Ergebnis, daß diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich zu verändern sei, stellt sich somit zwangsläufig ein. Die Analyse entlarvt sich daher als politisches Vehikel, um eine bereits feststehende Zielsetzung, nämlich die Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zu erreichen. Die wissenschaftliche Arbeitsweise, die von einer wertfreien Bestandsaufnahme auszugehen versucht, um daraus folgender eine Therapie zur Erreichung einer Zielsetzung abzuleiten,

wird hier umgekehrt. Die politische Zielsetzung steht im Vordergrund.

Um sie zu erreichen, ist eine bestimmte Wertung innerhalb der Bestandsaufnahme notwendig. Die politische Zielsetzung legitimiert sich somit quasi selbst. Zu einer solchen Arbeitsweise gehört, daß sie auf Fakten verzichtet und sich überwiegend in der schwerer angreifbaren Sphäre von Behauptungen bewegt. Ein einziges Mal geht Anke Martiny exemplarisch vor, wenn sie schreibt: „Die Interessen der Verbraucher können oft nur über staatliche Vorschriften und nur im Detail durchgesetzt werden, so z. B. wenn die Autohersteller verpflichtet werden, in jedes Auto Sicherheitsgurte einzubauen.“¹⁸⁾ Die Produzenten sind somit dafür verantwortlich, wenn die Benutzer von Kraftfahrzeugen darauf verzichten, sich Sicherheitsgurte in ihr Fahrzeug einbauen zu lassen. Und wie ist es heute? Weshalb wird ab 1979 ein Bußgeld erhoben, wenn Fahrzeuginsassen die vorgeschriebenen Sicherheitsgurte nicht anlegen? Offensichtlich geht die mangelnde Nutzung von Sicherheits-

gurten nicht auf gleichgültige Hersteller, sondern auf mangelndes Sicherheitsbewußtsein der Verbraucher zurück. Abgesehen von der überraschenden Logik, wird z. B. beim Thema Sicherheit von Kraftfahrzeugen nicht darauf verwiesen, daß die heutigen Fahrzeuge durch Eigeninitiative der Hersteller einen Sicherheitsstandard erreicht haben, der vor Jahren noch für undenkbar gehalten wurde. Bezeichnenderweise wird dieser Sachverhalt verschwiegen. Anstelle dessen werden Behauptungen aufgestellt, die zwar nicht stichhaltig, dafür aber zugkräftig sind. Sie reichen von konkreten, aus dem Zusammenhang gerissenen Einzelaussagen (Sicherheitsgurte!) bis zu mystischen Visionen (Ausbeutung und Machtlosigkeit des Menschen, anonyme, drohende Institutionen im Kapitalismus). Die regelmäßige Wiederholung derartiger Behauptungen soll erreichen, die breite Öffentlichkeit vor deren Richtigkeit zu überzeugen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Angesprochenen erkennen, welche Bedrohung ihrer persönlichen Freiheit sich auch hinter den besorgten Forderungen nach einer gerechten Verbraucherpolitik verbergen kann.

¹⁸⁾ Anke Martiny, a. a. O., S. 17.

Entgegnung auf den Beitrag von Gerd Hauth

Der Beitrag von Gerd Hauth muß als typischer Diskussionsbeitrag zur Verbraucherpolitik aus der Sicht der anbietenden Wirtschaft gewertet werden. Um seine Position und die meine als die einer „typischen Verbraucherpolitikerin“ aneinander anzunähern, würde vermutlich erheblich mehr Platz zur Klärung der beiderseitigen Vorverständnisse notwendig sein, als zur Verfügung steht. So schwierig es im einzelnen auch sein mag, will ich doch versuchen, meine Position abermals zu erläutern.

Ich anerkenne, daß auch von seiten der anbietenden Wirtschaft die Verbraucherpolitik zunehmend als Teil der Wirtschaftspolitik gewertet wird. Vergleichende Warentests, Preisvergleiche und Aufklärung der Verbraucher durch die Massenmedien oder die Verbraucherorganisationen werden als verbraucherpolitische Maßnahmen von seiten der Anbieter nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dabei ist nicht zu bestreiten, daß verbraucherpolitische Maßnahmen mitunter schmerzlich fühlbare Auswirkungen auf die Tätigkeit der Unternehmen haben. Gleichwohl haben die Verbraucherinteressen vor den Produzenteninteressen noch keineswegs den Vorrang, geschweige denn gleichen Rang. Aber es ist zuzugeben, daß Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Schutz vor wirtschaftlichem Schaden, soziale Folgekosten, Sicherheitsaspekte und auch der Energieverbrauch auf der Anbieterseite als wichtige Argumente bei wirtschaftlichen Entscheidungen immer stärker berücksichtigt werden. Aus meiner Arbeit im Präsidium des Deutschen Institutes für Normung weiß ich, daß Hersteller und Handel verbraucherpolitische Argumente gewöhnlich ernst nehmen und ihnen nachzukommen suchen. An der prinzipiellen Ungleichgewichtigkeit der Macht beider Marktpartner ändert dieses feststellbare Entgegenkommen der anbietenden Wirtschaft allerdings nichts. Weit leichter schafft sich der Anbieter den gewünschten Nachfrager, als dies umgekehrt der Fall ist.

Den Punkt, an dem „aus dem wachsenden Problemdruck“ von seiten der Verbraucherpolitik nur noch der Weg durch „eine systemverändernde Wirtschaftspolitik“ offensteht,

wüßte ich nicht zu bezeichnen; weder durch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im allgemeinen noch etwa durch die von mir mitverantwortete Verbraucherpolitik scheinen mir Anhaltspunkte für einen solchen Scheideweg gegeben. Unser Wirtschaftssystem ist keine reine Marktwirtschaft, wie alle Praktiker wissen, sondern ein Mischsystem mit sowohl privatwirtschaftlichen wie gemeinwirtschaftlichen und auch staatlich-dirigistischen Elementen. Weder der Agrarbereich noch etwa die staatliche Kohlepolitik haben noch viel mit freier Marktwirtschaft zu tun. Außerdem sollte man wohl nicht vergessen, daß das Grundgesetz im Artikel 15 die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder andere Eigentumsformen als Möglichkeit durchaus vorsieht. An der Verfassung gemessen, wäre nicht einmal die Verstaatlichung bestimmter Bereiche als „systemverändernd“ zu brandmarken.

Ebensowenig taugt das Schlagwort von der „Investitionslenkung“ als Schreckgespenst marktwirtschaftsgläubiger Mitbürger. Staatliche Lenkung von Investitionen wird auf vielfältige Weise betrieben, und die Forderung nach größeren Steuervergünstigungen für die Industrie soll schließlich auch nichts anderes zur Folge haben, als daß diese verstärkt investiert. Investitionslenkung also durch staatliche Steuerpolitik! Die Gewährung von Subventionen oder die staatliche Forschungsförderung leisten gleiche Dienste.

Weil es die ideale Marktwirtschaft bei uns genauso wenig wie im übrigen Europa oder in den Vereinigten Staaten und Japan gibt, und weil Fehlentwicklungen gewöhnlich zu Lasten des schwächeren Marktpartners, also der Verbraucher und der kleinen Unternehmen gehen, betreibt die Bundesregierung seit Jahren bewußt Verbraucherpolitik und Selbständigenpolitik als wichtige Teilpolitiken der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Die Stellung des Verbrauchers im Markt muß genauso gestützt und gestärkt werden wie diejenige des mittelständischen Unternehmers gegenüber dem Großbetrieb. Insbesondere unter Wettbewerbsgesichtspunkten sind beide in gleicher Weise schutzbedürftig. Der Verbraucher ist dies zusätzlich, weil er beispielsweise

Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltrisiken weder aus eigener Kenntnis des Produktionsprozesses noch durch sonstige, ihm direkt vom Hersteller gegebene Informationen, hinreichend abschätzen kann.

Hauth unterscheidet in seinem Beitrag zwischen systemkonformer, systemkritischer bzw. systemverändernder Verbraucherpolitik. Er behauptet, es hätten sich „drei Standpunkte herauskristallisiert“. Standpunkt A ist in sich widersprüchlich: Entweder ist der Verbraucher „der stärkere Partner am Markt“, dann kann er aber durch „die Vielfalt des Angebots und (den) technischen Standard vieler Produkte“ nicht gleichzeitig überfordert sein. Oder er ist halt doch überfordert, dann werden aber „seine Kaufentscheidungen ... das Angebot“ nicht „steuern“. Als Standpunkte B und C unterscheidet Hauth wenig scharf zwischen dem fehlenden Vorrang oder der fehlenden Gleichrangigkeit der Position der Verbraucher gegenüber den Anbietern einerseits und der grundsätzlichen Unterlegenheit der Verbraucher den Anbietern gegenüber andererseits. In jedem Fall ist die bei Punkt C daraus abgeleitete Folgerung für meine Parlamentskollegen und mich unzutreffend, der zufolge wir eine „grundlegende Änderung der Wirtschaftsordnung“ als „unumgänglich“ betrachteten. Denn alle in meinem Aufsatz beschriebenen Maßnahmen sind innerhalb unserer Wirtschaftsordnung angesiedelt.

Hauth argumentiert in seiner Stellungnahme nicht redlich: Unrealistische Idealmodelle (Standpunkt A) werden den allseits bekannten und unbestrittenen Analysen von der Unterlegenheit und Schutzbedürftigkeit der Verbraucher gegenübergestellt, und aus diesen Analysen wird eine bedenkliche Neukonzeption unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unterstellt, von der in Regierung und Parlament nirgendwo die Rede ist. Die verbraucherpolitischen Ziele der Bundesregierung, wie sie im 2. Bericht zur Verbraucherpolitik vom 20. Oktober 1975 niedergelegt sind, lauten zusammengefaßt:

- Stärkung der Stellung des Verbrauchers am Markt;
- Information und Beratung des Verbrauchers, z. B. über richtiges Marktverhalten;
- Verbesserung der Rechtsposition der Verbraucher und Schutz vor Irreführung und unlauteren Verkaufspraktiken;
- umfassender Schutz des Verbrauchers vor gesundheitlicher Schädigung;

— Stärkung und Straffung der verbraucherpolitischen Interessenvertretung.

Diese Ziele stimmen übrigens überein mit den verbraucherpolitischen Zielen der Europäischen Gemeinschaft, für deren rasche Verwirklichung sich in einer Entschließung auch das Europäische Parlament eingesetzt hat.

Ich halte Hauths Ansatz in Punkt 5 unter dem Vorzeichen des Nord-Süd-Konflikts und der weltweit herrschenden Mangellagen, „die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik vor allen Dingen“ darin zu sehen, „weltweit die Effizienz der Produktionsmöglichkeiten zu verbessern“, für ein zu kurz greifendes Argument. Es bestätigt allerdings meine These, die Hauth in Punkt 4 angreift: daß nämlich die etablierte Wirtschaftswissenschaft eindeutig anbieterorientiert sei. Ich bestreite ja überhaupt nicht, daß es sowohl für unsere Gesellschaft als auch für die Menschen im überbevölkerten Vorderindien oder im hungernden Schwarz-Afrika von größerem Vorteil ist, sich auf eine effiziente Wirtschaft abstützen zu können als auf eine überhaupt nicht leistungsfähige oder marode Volkswirtschaft. Doch muß die Leistungsfähigkeit immer unter zwei Aspekten gesehen werden: Angesichts der sich abzeichnenden Ressourcenknappheit darf das Wirtschaften nicht länger nach der Devise „Konsum um jeden Preis“ ablaufen; wir müssen alternative Modelle entwickeln lernen, wohlgermerkt innerhalb unseres bestehenden Wirtschaftssystems, aber abgestützt auf eine verbesserte Wirtschaftsforschung aus Verbrauchersicht.

Mit der Marx'schen Arbeitswertlehre habe ich mich wissenschaftlich nie beschäftigt. Ich halte es auch für ein nicht glückliches Verfahren, aus Zitaten des Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Biervert Folgerungen abzuleiten, die dann (in Punkt 4 der Hauth'schen Stellungnahme) als „indirekt von (mir) aufgestellte Forderung“ deklariert werden.

Zu Punkt 6 seiner Ausführungen ist Hauth nur anzuraten, sich mit dem ersten Gutachten der Monopolkommission und mit den im Laufe der letzten Jahre erstellten Berichten der Bundesregierung zur Situation des Wettbewerbs einmal intensiver zu beschäftigen. Der Kampf gegen Kartelle, Preisabsprachen und andere Einschränkungen des Wettbewerbs zieht sich durch die Jahrzehnte, und er war in den meisten Fällen nicht von Erfolg gekrönt. Die Automobilpreiserhöhungen, gegen die das Bundeskartellamt verschiedentlich Einspruch

erhoben hat, oder die Erhöhung der Kraftfahrzeugversicherung, die uns in den letzten Wochen beschäftigt hat, beleuchten nachdrücklich, wie schwach die Position des Verbrauchers in solchen Fällen ist.

Die von mir vertretenen verbraucherpolitischen Vorstellungen, die gerade auf eine aktivere Beteiligung und Einflußnahme der Verbraucher abzielen, als Ansätze für ein System der Entmündigung und Manipulation der Verbraucher darzustellen, zeugt von großer „Mißverständnisbereitschaft“. Ich möchte gerade die Eigenverantwortlichkeit der Verbraucher stärken und ihnen als Voraussetzung dazu beispielsweise eine wirkungsvolle Beratung über vernünftige und sinnvolle Einkommensverwendung und richtiges Marktverhalten angedeihen lassen. Außerdem habe ich verschiedentlich betont, daß die besten Gesetze unwirksam sind, wenn ihr Vollzug nicht sichergestellt ist. Deshalb muß zur Aktivierung der einzelnen Verbraucher eine bessere Vertretung ihrer Interessen und Wahrnehmung ihrer Rechte treten. Aktivierung läßt sich durch eine verstärkte Ausbildung der Verbraucher zu kritischen und selbstbewußten, unabhängigen und informierten Teilnehmern am Wirtschaftsleben erreichen, die verbesserte Interessenvertretung durch eine wirklich schlagkräftige Verbraucherschutzorganisation, wie auch immer sie beschaffen sein mag.

Der aufgeklärte, kritische Verbraucher soll inmunde sein, das Angebot der Wirtschaft am Markt und auch die Angebotsstrategien der Anbieter wirksam zu „kontrollieren“, um durch seine gezielte und vernünftige Nachfrage kostspielige volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen vermeiden zu helfen. Wenn die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und die Stiftung Warentest unter dieser Prämisse eine bessere Beratung und Aufklärung der Verbraucher beabsichtigen und den Beratungskräften und anderen Multiplikatoren in dem gerade gegründeten Verbraucherinstitut das notwendige Wissen vermitteln wollen, so ist dieser Schritt nur zu begrüßen.

Soweit ich sehen kann, versteht sich die von Politikern, Regierung und Verbraucherorganisationen betriebene Verbraucherpolitik als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Sie zielt auf mehr Demokratie, Selbstorganisation und Selbstbewußtsein der Verbraucher ab. Dies hat natürlich eine kritische Auseinandersetzung mit Produkten und Vertriebsmethoden zur Vorbedingung, was der anbietenden Wirtschaft aus

verständlichen Gründen sehr häufig mißfällt. Solange allerdings Hersteller unsichere und gefährliche Produkte auf den Markt bringen und der Handel sie verkauft, muß man sich über eine manchmal auch aggressiv geführte Diskussion der Verbraucherpolitiker nicht wundern. Es geht in der Verbraucherpolitik vorrangig um den Schutz der Bürger vor Schäden und vor der Einschränkung ihrer Freiheit durch mächtige Anbieter und Hersteller; in zweiter Linie geht es natürlich auch darum, die Freiheitsräume der Wirtschaft in unserer sich frei nennenden Marktwirtschaft zu gewährleisten. Dazu ist allerdings als wichtige Vorbedingung notwendig, daß die Hersteller und Anbieter sich sachlich mit der Kritik der Verbraucher an den Produkten und Verkaufsmethoden auseinandersetzen und berechtigten Klagen und Mißständen nachgehen. Ich gestehe gern zu, daß dies in einer Vielzahl von Fällen problemlos geschieht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einige Worte zur Verteidigung der Wissenschaftler Biervert, Fischer-Winkelmann, Köhler und Rock sagen: Diese Wuppertaler Arbeitsgruppe hat in einem vom Bundesministerium für Forschung und Technologie herausgegebenen Band („Forschung aktuell“) über eine „verbrauchergerechte Verbraucherforschung und -politik“ geschrieben. Die dort enthaltenen Aufsätze dienen mehr der Problematisierung eines bisher wissenschaftlich etwas „unterbelichteten“ Forschungsbereichs, als daß sie „endgültige Wahrheiten“ zu formulieren vorgäben. Meiner Meinung nach ist es in der Tat so, daß man sich in unserem Wirtschaftsleben manche Fragen bisher einfach nicht gestellt hat. Biervert und seine Kollegen versuchen, ausgehend von der vorfindbaren Situation, Fragen aus der Verbraucherperspektive zu stellen — durchaus ohne Anspruch darauf, auf diese Fragen nun auch gleich eine passende Antwort bereitzuhalten. Als Ergebnis ihrer Überlegungen kristallisieren sich zwei Thesen heraus:

1. Der Gedanke der Selbstorganisation der Verbraucher,
2. eine möglichst frühzeitige Berücksichtigung der Verbraucherinteressen bei der Herstellung privater und öffentlicher Güter.

Diese beiden Thesen als angeblich perfektes System der totalen Bevormundung, Beherrschung und Manipulation des Individuums darzustellen, ist eine beachtliche Verdrehung der dargelegten Überlegungen. Für mich er-

gibt sich aus dieser Fehlinterpretation vor allem die Frage, ob nicht tatsächlich Werbung und Verkaufspraktiken der anbietenden Wirtschaft mit ihrer ja gar nicht so selten anzutreffenden Bevormundung der unwissenden und meist auch schlecht informierten Verbraucherschaft weit grundsätzlicher und nachhaltiger in Frage gestellt werden müßten, als dies geschieht, um unser Wirtschaftsleben nicht nur aus der Blickrichtung der Anbieterchaft ins Visier zu nehmen.

Ein letztes Wort zu Punkt 10 der Hautschens Ausführungen. „Daß die heutigen Fahrzeuge durch Eigeninitiative der Hersteller einen Sicherheitsstandard erreicht haben, der vor Jahren noch für undenkbar gehalten wurde“, ist beileibe nicht der freiwillig geleisteten Initiative der Automobilhersteller zuzuschreiben. Da hat es vor Jahren in den Vereinigten Staaten einen Verbraucherpolitiker namens Ralph Näder gegeben, der just an der mangelnden Sicherheit der Automobile ansetzte und äußerst wirksame Kampagnen entfessel-

te. Diese haben zunächst in den Vereinigten Staaten beachtliche Folgen gehabt und — wegen der Exportchancen — auch auf den deutschen Automobilmarkt übergegriffen. Der Zusammenhang ist typisch: Zuerst müssen Verbraucherpolitiker aktiv werden und für konkrete Einzelziele kämpfen — solange, bis die Wirtschaft sich ihren Appellen nicht mehr entziehen kann. Schließlich wird dem Verbraucher dann zugestanden, was eigentlich schon längst sein Recht gewesen wäre. Geschenkt wird uns nichts. Aber das geht den Politikern, die sich für Kinder und Jugendliche, für Familien insgesamt, für alte Menschen, für Behinderte, für ausländische Arbeitskräfte, für Frauen einsetzen oder für Natur- und Umweltschutz kämpfen, meistens ganz genauso. Die Verpflichtung, aus unserer Wirtschaftsordnung mit ihrem oft unsozialen „freien Spiel der Kräfte“ einen Sozialstaat zu zimmern, der auch den weniger mächtigen Gruppen Schutz bietet, nehmen wir ernst. Diesem Ziel dient auch eine aktive Verbraucherpolitik.

Peter Menke-Glückert: Grüner Protest — Zeichen der Parteienverdrossenheit?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/78, S. 3—12

In den USA und vielen europäischen Ländern hat sich in den letzten Jahren der sogenannte grüne Protest aus sehr unterschiedlichen Gruppen entwickelt. Aus den verschiedensten Gründen wird — vor allem von jungen Menschen — nach Alternativen zu der jetzigen Politik, vor allem Wirtschaftspolitik, gesucht. Kulturkritisch-nostalgische Forderungen gehen einher mit präzisen Vorschlägen für einfache, umweltfreundliche Technologien. Dieser Alternativbewegung ist gemeinsam ein starker Zweifel an Großtechnik, Großbürokratie, Großindustrie. Symbol für diesen Zweifel an der Großtechnik ist der Widerstand gegen die Kerntechnik. Für das Entstehen der — im Kern mittelständisch-bürgerlichen — Protestbewegung sind u. a. verantwortlich: taktisch ungeschicktes Vorgehen der Verwaltung (fehlende Transparenz, zu späte Bürgerbeteiligung und -mitsprache an wichtigen Planungsvorhaben); eine Art „Vorschuß-Mißtrauen“ gegenüber technokratischer Planung und verwendeter wissenschaftlicher Expertise; Verlangen nach Partizipation und Selbstverwirklichung auch außerhalb der bestehenden Parteien (vor allem bei jungen Menschen); umweltphilosophisches Gedankengut und Alternativ-Literatur (I. Illich, E. F. Schumacher, C. F. von Weizsäcker usw.).

Das politisch zerstrittene Erscheinungsbild der grünen Listen und fehlende Erfahrung in der Organisation von Wahlkämpfen sind u. a. für das schlechte Abschneiden der grünen Listen in den Landtagswahlen in Hessen und Bayern verantwortlich — nach vielbeachteten Anfängererfolgen in Hamburg und Niedersachsen. Dieses schlechte Ergebnis in den beiden letzten Wahlen braucht nicht zu bedeuten, daß das ohne Zweifel vorhandene parteiverdrossene Protestpotential nicht erneut (auch mit anderen als Umwelt-Themen, z. B. bei der Frage Steuerreform oder Bildungspolitik) mobilisiert werden könnte. Umweltpolitik wird — auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem grünen Protest — in Zukunft noch stärker als Bestandteil gesellschaftspolitischer Stabilitätspolitik betrieben werden müssen — und nicht nur als isolierte Fachpolitik.

Kurt Oeser: Politische Strömungen in der „Ökologie-Bewegung“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/78, S. 13—19

In den letzten Jahren wurde häufig in den Medien die Unterwanderung von Umweltschutzbürgerinitiativen durch Linksradikale behandelt; doch wenn man bei dem Thema „Unterwanderung“ nicht unerlaubt einseitig sein will, dann muß das Augenmerk genauso intensiv auf die politisch-weltanschaulichen Rechtsaußen gerichtet werden. Gewiß soll hier nichts unnötig aufgebauscht und dramatisiert werden, die Unterwanderung von „rechts außen“ darf jedoch auch nicht verniedlicht werden.

Zum Glück lassen sich die meisten Bürgerinitiativen und Umwelt-, Lebensschutz- und Naturschutzverbände von politischen Außenseitern nicht umgarnen oder gar für deren Ziele einspannen. Aber da von den reaktionär Gesinnten wieder massiv Blut- und Boden-Ideologie gepflegt und unter Umweltschutzdeckmäntelchen eifrig verbreitet wird, verbunden mit üblen, ausgesprochen rassistischen und faschistischen Zungenschlägen, gilt es, den Anfängen zu wehren. Deshalb wendet sich dieser Beitrag vorrangig diesem Problem zu in der Hoffnung, zu mehr Wachsamkeit gegenüber bestimmten politischen Strömungen in der Ökologie-Bewegung und den „Ökologen“ selbst zu mehr selbstkritischer Erkenntnis zu verhelfen.

Gerd Hauth: Verbraucherpolitik — trojanisches Pferd zur Systemveränderung? Stellungnahme zum Beitrag von Anke Martiny in B 24/78

Aus Politik und Zeitgeschichte B 43/78, S. 21—25

Anke Martiny: Entgegnung auf den Beitrag von Gerd Hauth

Aus Politik und Zeitgeschichte B 43/78, S. 27—30